

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Ins fünfte Jahr

Rein füchsisch betrachtet, ist der „RotFuchs“ schon richtig erwachsen. Mit spitzer Schnauze, scharfen Krallen und Zähnen, Schläue und Röte hat er sich seit Februar 1998 auf dem politischen Parkett behauptet. Jetzt geht er ins fünfte Lebensjahr.

Als unsere Zeitung – heute eine auch ausländische Mitbürger einbeziehende Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland – zur Welt kam, waren ihre Mütter und Väter Genossinnen und Genossen der DKP-Gruppe Berlin-Nordost, die ihre Gegenwartsideen und Zukunftsvorstellungen artikulieren wollten. Aus dem kleinen, anfangs eher regional orientierten Blättchen wurde schnell eine 24 Seiten umfassende Monatsschrift mit marxistisch-leninistischem Profil, die sich zu strittigen Fragen aus Theorie und Praxis äußert, solides Wissen und lange vermißte Bildungsinhalte vermittelt, politisch Farbe bekennt, Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch zusammenführt. Ein wichtiges Anliegen: Die DDR – trotz ihrer Kinderkrankheiten, Schwächen und Defizite – als die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wahrheitsgemäß darzustellen und der von anderen vernachlässigten Ostthematik jenen Stellenwert zu geben, der ihr gebührt. Heute lesen den „RotFuchs“, der bis Juni 2000 kopiert wurde, inzwischen aber im Zweifarbandruck erscheint, Tausende Mitglieder der DKP, der KPD und der PDS sowie parteilose Mitbürger in ganz Deutschland, aber auch Bezieher in 27 Versandländern. Dutzende bereits bekannte oder sich erst profilierende Autoren und ein großer Stamm freiwilliger Helfer in Re-

daktion, Gestaltung und Vertrieb – dazu eine vortreffliche Druckerei – sorgen für journalistische, gestalterische und typographische Qualität sowie für Gewissenhaftigkeit in der Belieferung. All das hat den „RotFuchs“ zu einer im linken Lager beachteten Stimme werden lassen. Der kleine rote Herausforderer steht gegen alles, was die antiimperialistische Aktionsfähigkeit und die Einheit von Kommunisten und Sozialisten behindert. Vor allem gegen den Ausverkauf von Prinzipien, wer immer sie auch feilbietet.

Widrige Umstände – nicht zuletzt der mangelnde Durchblick von Funktionären, die den Stellenwert dieses kommunistischen Blattes nicht zu erkennen vermochten – zwangen uns im Juni 2001, die Zeitung von der DKP abzukoppeln und als parteiunabhängig mit unveränderter Orientierung und breitgefächertem Autorenkreis erscheinen zu lassen. Das hat uns übrigens nicht geschadet, sondern die Möglichkeiten und den Einflusradius des RF sogar noch erweitert. Herausgeber ist jetzt der im Juni 2001 in Berlin gegründete und sich vor allem der politischen Bildung widmende „RotFuchs“-Förderverein e. V., dem bereits Hunderte Frauen und Männer aus allen Regionen Deutschlands und dem Ausland beigetreten sind. Redaktion und Verein sind bemüht, neue ständige Leser zu gewinnen, ihre Reihen zu stärken und zusätzliche Spenden aufzubringen, um diese in ihrer Art einmalige rubinrote Publikation allseitig abzusichern. Es geht um den Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialisten, gleich ob sie organisiert sind oder nicht.

Klaus Steiniger



### INHALT

Afghanistans „Petersberger Regierung“	S. 2
„Unamerikanisches Verhalten“	S. 4
Vom Bex zum Ribbi	S. 5
Die Lieb' zwischen Füchsin und Hahn	S. 6
Gegen jeden Alleinvertretungsanspruch	S. 7
Der Sumpf, aus dem sie kommen	S. 8
Stinksauer auf sich selbst?	S. 9
Solidarität mit Ringo Ehlert	S. 10
Wo der Hase im Pfeffer liegt	S. 11
Für eine solidarische Diskussion	S. 12
Zur Diktatur des Proletariats	S. 13
Serie VEB Kühlautomat (12)	S. 14
KPRF – Partei der prinzipiellen Opposition	S. 15
China: Blick auf das Ganze	S. 16
Massaker in der Türkei	S. 17
Zu Platz und Rolle Israels	S. 18
Fünf kubanische Helden	S. 19
Trauer um Rolf Vellay	S. 19
¡Presente!	S. 20
Goldkörner	S. 21
Zu Lenin	S. 21
Leserbriefe	S. 22
Termine & Anzeigen	S. 24

### Lob der Dialektik

**Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.  
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.  
Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.  
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden.  
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt beginne ich erst.**

**Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:**

**Was wir wollen, geht niemals.**

**Wer noch lebt, sage nicht: Niemals!**

**Das Sichere ist nicht sicher.**

**So, wie es ist, bleibt es nicht.**

**Wenn die Herrschenden gesprochen haben werden die Beherrschten sprechen.**

**Wer wagt zu sagen: Niemals?**

**An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.**

**An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.**

**Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!**

**Wer verloren ist, kämpfe!**

**Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?**

**Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen.**

**Und aus Niemals wird: Heute noch!**

BERTOLT BRECHT

**In Kabul hat der NATO-Wolf im UNO-Pelz sein „Kabinett“ installiert**

## Afghanistans „Petersberger Regierung“

*Autor dieses exklusiven Beitrags ist der bekannte afghanische Universitätsdozent Dr. **Matin Baraki**, u. a. Verfasser des 1996 in Frankfurt/Main erschienenen Werkes „Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945 bis 1978 (ISBN 3-631-48179-9).*

Auf dem Petersberg bei Bonn haben die westlichen Länder am 5. Dezember 2001 unter der formalen Federführung der Vereinten Nationen eine sogenannte Regierung für Afghanistan zusammengebastelt. Die BRD-Regierung war nicht nur Gastgeber der vier afghanischen Delegationen sowie der zahlreichen internationalen Beobachter, sondern auch die erste, die einen Sieben-Punkte-Plan für Afghanistans Zukunft vorgelegt hatte. Es schien so, als ob die Vorarbeit vom Auswärtigen Amt geleistet wurde, doch die eigentliche Organisatorin war die der SPD nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie hatte die Monarchisten Afghanistans seit Jahren um sich gesammelt und betreut.

Die afghanischen Delegationen bestanden aus 38 ehemaligen Modjahedin-Führern bzw. Monarchisten, teilweise alte Freunde und Partner, die sich aus den Jahren des Bürgerkrieges kannten. Insgesamt waren vier Strömungen vertreten: Die Rom-Gruppe mit den engsten Anhängern von Ex-König Mohammad Saher; die Nordallianz mit den Modjahedin von der Djamiat-Partei des inzwischen vom Westen fallengelassenen Präsidenten Burhanudin Rabani; die Zypern-Gruppe unter der Leitung von Humayun Dscharir, einem Schwiegersohn des von den Taleban kaum zu unterscheidenden Fundamentalisten Gulbudin Hekmatjar, und die Peschawar-Gruppe unter der Leitung von Hamid Gailani, Sohn des Aristokraten und Modjahedinführers Sayed Ahmad Gailani, der als königstreu gilt. Es waren zum großen Teil jene Kräfte versammelt, welche an der Zerstörung von Kabul tatkräftig mitgewirkt haben, bei der etwa 50 000 Zivilisten ihr Leben verloren. Wäre die Einhaltung der Menschenrechte wirklich Maßstab in der internationalen Politik, wie immer wieder behauptet wird, dann hätte man die meisten Mitglieder der afghanischen Delegationen sofort festnehmen und vor ein unabhängiges Gericht stellen müssen. Die Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg sei „eine Versammlung von Räuber- und Mörderbanden, die Afghanistan unter sich aufteilen“, stellte Peter Zudeck am 1. 12. 2001 im WDR fest. Bei den sogenannten internationalen Beobachtern waren allein die Vereinigten Staaten mit 20 Personen vertreten. Ihr überdimensionierter Anteil läßt die Schlußfolgerung zu, daß die USA enormen Druck auf die afghanischen Delegationsmitglieder ausgeübt und Verlauf wie Ergebnisse der Verhandlungen maßgeblich beeinflußt haben dürften.

Die vorzeitige Abreise des Gouverneurs der ostafghanischen Provinz Nangrahar, Hadji Abdul Qadir, ist ein Beleg dafür. Auch die BRD war nicht zimperlich. Außenminister Fischer kam schon in seiner Eröffnungsrede mit Zuckerbrot und Peitsche daher und drohte den Afghanen, daß es ohne Einigung keine müde Mark für die künftige Regierung in Kabul geben werde. Daß das BRD-Beobachterteam von dem ehemaligen Botschafter in Islamabad, Hans-Joachim Daerr, einem Mann mit besten Kontakten zu den Modjahedin, geleitet wurde, spricht Bände. Als er noch in Pakistan residierte, hatte er auch ein Auge auf das von den Taleban beherrschte Afghanistan. Kein Wunder, daß eine Taleban-Delegation noch kurz vor dem 11. September nach Berlin eingeladen worden war, wobei die internationale Anerkennung des Regimes im Falle seiner Distanzierung von Osamah Mohammad Benladen angeboten werden sollte.

Auf dem Petersberg wurde dann der ehemalige Modjahed und Feudalherr Ahmad Karsei in Abwesenheit zum Ministerpräsidenten ernannt. Als die USA mit dem Krieg gegen „Benladen“ begannen, holten sie ihre alten Bekannten aus allen Teilen der Welt, rüsteten sie mit Satellitentelefonen und „Säcken voller Dollars“ aus und schickten sie nach Afghanistan, um dort Stammesführer und Kommandanten der Taleban einzukaufen und zum Kampfeinsatz gegen die Talebanführung zu mobilisieren. Zu dieser Personen-Gruppe gehörten u. a. die Modjahedin-Kommandanten Abdul Haq und Ahmad Karsei. Haq wurde sehr schnell im Osten Afghanistans von den Taleban festgenommen. Sein Notruf über Funk an die US-Sonderkommandos kam zu spät. Als deren Einheit mit einem Hubschrauber eintraf, war die Lage so kritisch, daß man Haq opfern mußte. Er wurde sofort durch die Taleban hingerichtet. Abdul Haq war die erste Wahl der USA als künftiger Regierungschef für Afghanistan. Karsei tauchte, nachdem er mehrere Tage verschwunden war, im Norden des Landes wieder auf. Inzwischen hat er von den westlichen Medien seinen Titel als paschtunischer Stammesführer erhalten.

Die Modjahedin-Kommandeure sind in den Jahren des Bürgerkrieges zu reichen Geschäftsleuten geworden. Ihre Geldquellen waren die Millionen, die aus den westlichen Ländern, vor allem von den USA, aus den arabischen Scheichtümern und dem ständig anwachsenden Drogenanbau und -verkauf reichlich sprudelten. Die Region an der afghanisch-pakistanischen Grenze bildete schon lange das Zentrum des internationalen islamischen Terrorismus und des Drogenhandels. Abdul Haq war vor seinem letzten Einsatz ein Großhändler mit Sitz in Dubai. Er verfügte über weitverzweigte Geschäfts-

beziehungen. Auch Karsei war Geschäftsmann. Ihm gehört in den Vereinigten Staaten, wo er viele Jahre lebte, eine Restaurantkette.

Der Kampf der westlichen Länder um die afghanische Beute wurde vorerst zugunsten der USA entschieden. Diese haben sich auf dem Petersberg voll durchgesetzt. Mit der Ernennung von Karsei – er stammt aus dem Gebiet von Qandahar, der Hochburg der Taleban – zum Ministerpräsidenten sollen die Paschtunen unter Kontrolle gebracht werden. Auch Pakistan kann mit diesem Schachzug zufrieden sein. Denn Karsei versucht trotz der Einwände seitens der USA, Teile der Taleban für sich zu gewinnen. Er braucht deren militärische Stärke, um sich im innerafghanischen Machtgerangel dauerhaft durchsetzen zu können. Obwohl die von Pakistan erfundenen „gemäßigten Taleban“ in der Regierung keine Rolle spielen – als Kämpfer bleiben sie immer noch instrumentalisierbar. Dabei wird der pakistanische Militärgescheit ISI tatkräftig behilflich sein. Ohne den Schutz durch die US-Marines und deren britisch-deutsche Komplizen steht der CIA-nahe Karsei wie der Kaiser aus Andersens Märchen da. Verständlich, daß für ihn engste Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die er bereits öffentlich angekündigt hat, überlebenswichtig sind.

Während Iran und Rußland weiterhin auf die Nordallianz setzen, sind die Saudis durch die Ausschaltung der Taleban vorläufig aus dem Spiel. Pakistan bleiben aber immer noch einige Optionen offen.

Die Monarchisten, die zu Berlin enge Kontakte pflegten, wurden demgegenüber marginalisiert. Von dem früheren König Mohammad Saher redet inzwischen keiner mehr. Seine Rolle soll jetzt auf die formale Eröffnung der einzuberufenden Loyalversammlung (Große Nationalversammlung) reduziert werden. Der bis zur Absetzung am 22. Dezember immer noch international anerkannte afghanische Präsident Burhanudin Rabani wurde nach Siegermentalität einfach beiseite geschoben. Während der Petersberger Verhandlungen hatte Außenminister Fischer Rabani in einem zehnmütigen Telefongespräch so unter Druck gesetzt, daß er sich mit der Aufgabe seines Amtes abfinden mußte.

Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß Afghanistan seinen „würdigen Platz“ als gleichberechtigtes Mitglied in der Reihe der neuen westlichen Protektorate zugewiesen bekommen hat. Während die auf dem Petersberg installierte Regierung durch eine internationale „Schutztruppe“ von NATO-Wölfen im UNO-Pelz abgesichert wird, soll auch die öffentliche Verwaltung auf Jahre hinaus durch Fremdpersonal organisiert werden, vergleichbar mit Bosnien-Herzegowina und den anderen Protektorat auf dem Balkan.

Der Usbekenführer Abdul Raschid Dostum war auf dem Petersberg gar nicht erst vertreten. Während der Verhandlungen wurde er von den Medien fast ausnahmslos als „Schlächter“ diffamiert. Man hat es ihm nicht verziehen, daß er ein Milizführer der afghanischen Linksregierung gewesen ist und als einziger unter den Chefs der Nordallianz keine islamistischen Positionen vertritt. Es charakterisiert die Situation, daß Dostum allein die schlimmsten Greuelthaten vorgeworfen werden, als ob die anderen Beteiligten am jahrzehntelangen Gemetzel Waisenknaben gewesen wären und sich durch besondere Menschenfreundlichkeit ausgezeichnet hätten.

Auch die Vertreter der afghanischen Völkerschaften und die Intellektuellen wurden völlig ignoriert. Linke Kräfte, welcher Schattierung auch immer, ob vormals prosovjatisch oder maoistisch, sind derzeit führungslos, desorganisiert und zum Teil diskreditiert, wurden von den Einladern auf den Petersberg überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

Afghanische Frauen, die in den letzten Jahren der durch die Demokratische Volkspartei Afghanistans geführten Linksregierung bis zu 80 % der Aufgaben in Erziehung und Bildung übernommen hatten und seit 1992 unter den Islamisten am meisten gelitten haben, sind nicht angemessen repräsentiert. Den Delegationen war vor der Konferenz bedeutet worden, daß sie zu ihrer Herrenrunde tunlichst auch einige Damen mitbringen sollten. Diese Alibi-Damen sind jedoch keine Repräsentantinnen der afghanischen Frauen; sie leben seit Jahrzehnten in Europa, sind Verwandte der männlichen Vertreter der anwesenden Gruppen und waren für die westliche Öffentlichkeit nur als Feigenblatt gedacht.

Stellte man diese für Afghanistan von außen zusammengesicherte Regierung jetzt den Afghanen zur Wahl, würde sie mit

großer Wahrscheinlichkeit durchfallen. Sie ist ein reines Produkt westlich-imperialistischer Politik, eindeutig nach den Bedürfnissen der regieführenden Länder und unter massivem Druck der Aggressoren zustande gebracht.

Die „Petersberger Regierung“ soll zunächst sechs Monate amtieren und dann einer von der Loyah Gjergah bestimmten Interimsregierung weichen. In der Zwischenzeit wird eine nach dem Petersberger Muster zu bildende Kommission einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, der von der Loyah Djergah nur noch abgenickt werden soll. Da sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden dürfte, kann diese Prozedur allein als Farce bezeichnet werden.

Afghanistan ist in den Jahren des Bürgerkrieges, vor allem seit der Machtübertragung an die Modjahedin im Jahre 1992, systematisch zerstört worden. Die gesamte Infrastruktur des Landes wurde bis zur letzten Schraube von den Modjahedin abmontiert und auf dem pakistanischen Markt verramscht. Eine Wirtschaft existiert nicht. Institutionen des Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitswesens sind buchstäblich vernichtet worden. Afghanistan ist mit ca. 35 Millionen Minen bzw. Blindgängern wie ein Teppich belegt; deren Anzahl dürfte durch die US-amerikanischen Bombardements noch beträchtlich zugenommen haben. Der Wiederaufbau wird Billionen kosten. Aus dem verarmten Land ist also für das westliche Kapital noch viel zu holen. Die meisten Aufträge dürften an US-Firmen vergeben werden, genau wie in Kuwait und in Bosnien-Herzegowina.

Das deutsche Kapital kommt wieder einmal zu spät. Dennoch, was Wilhelm II. nach 1914 und Hitler nach 1941 nicht geschafft haben, in Afghanistan militärisch Fuß zu fassen, Schröder hat es bewerkstelligt. Die USA wollten den Deutschen sogar das Oberkommando über die Hauptstadt Kabul überlassen, doch der Bundeswehr war das Risiko

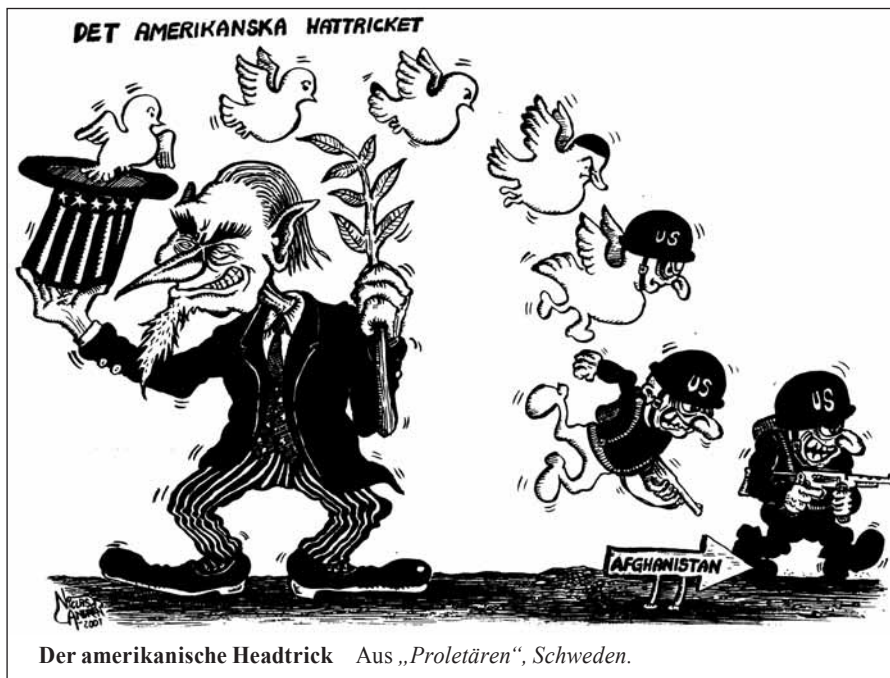
offenbar zu groß, obwohl man doch noch Wochen zuvor gerne mitgebombt hätte. Der von Benladen „sanierte“ Verteidigungsminister Rudolf Scharping forderte indes ein „robustes Mandat“ für seine bis zu 1 200 Mann starke Spezialtruppe. Die UN-Flagge deckt auch hier die vorerst nun von britischen Aggressoren befehligte NATO-Operation „out of area“.

Nach dem Abzug der sowjetischen Militäreinheiten 1989, der Machtübernahme der Modjahedin 1992, dem Einmarsch der Taleban (1994-1996) ist die Hoffnung der geschundenen afghanischen Bevölkerung auf einen dauerhaften Frieden dreimal enttäuscht worden. Ob mit der „Petersberger Regierung“ Frieden in Afghanistan einziehen wird, bleibt abzuwarten.

Schon organisieren sich die „gemäßigten“ Taleban in der pakistanischen Grenzstadt Peschawar mit Unterstützung verschiedener dortiger Islamisten und des Geheimdienstes ISI zu einer „normalen“ Partei, um sich an den in Aussicht gestellten Wahlen zu beteiligen und im künftigen Afghanistan erneut eine Rolle spielen zu können. Der Rest der in Afghanistan „arbeitslos“ gewordenen Modjahedin und Taleban zieht weiter zum nächsten Heiligen Krieg nach Kaschmir. Einen Vorgeschmack bekamen wir, als ein islamistisches Selbstmordkommando am 13. Dezember 2001 das indische Parlament angriff, wobei es zusammen mit Sicherheitskräften ums Leben kam. Der Afghanistankonflikt ist noch nicht beendet, doch die latenten Konflikte in Südasien zwischen den beiden Atommächten Pakistan und Indien flammen wieder auf. So brauchen die USA nicht nach weiteren Anlässen zu suchen, um ihre anhaltende militärische Präsenz in und um Afghanistan zu begründen. Hätte es den 11. September nicht gegeben, man müßte ihn finden. Den USA kam er jedenfalls gerade recht. Sie können sich jetzt in Süd- und Mittelasien mit ihren Streitkräften festsetzen. Zentralasien war schon 1997 von der damaligen US-Außenministerin Madeleine Allbright während einer Reise dorthin zur „lebenswichtigen Interessenregion der Vereinigten Staaten“ erklärt worden.

In Afghanistan geht es nicht um die von CIA und ISI erfundenen und dahin abkommandierten Taleban, um Benladen oder Al Qaedah. Der Vertrag über das 1 500 km lange Pipeline-Projekt von Daulatabad (Turkmenistan) nach Quetta und Multan (Pakistan) und weiter nach Delhi, das mit unmittelbarer Unterstützung der amerikanischen Regierung am 23. Juni 1997 in Islamabad unterzeichnet wurde, war die Grundlage. Das Taleban-Regime sollte die Bedingungen für die Verwirklichung dieses Vorhabens durch die US-Firma Unocal und die saudische Delta-Öl von Mittelasien durch Afghanistan schaffen. Das wegen des Versagens der Taleban, Afghanistan zu stabilisieren, auf Anraten Henry Kissingers – des politischen Beraters beider Firmen – fallengelassene Projekt kann bald wieder in Angriff genommen werden. Neben dem aserbaidzschischen Erdöl ist die zweitgrößte Erdgasreserve der Welt in Turkmenistan das Ziel der genannten Konzerne.

Möge man sich die Frage selbst beantworten, wem der 11. September eigentlich genützt hat.



Der amerikanische Headtrick Aus „Proletären“, Schweden.

## Über das Märchen von einer „neuen Art der Bedrohung“

# „Unamerikanisches Verhalten“?

PDS-Fraktionsführer Roland Claus, der es eigentlich besser wissen müßte, will der Öffentlichkeit weismachen, der 11. September habe uns mit einer „neuen Art der Bedrohung von Frieden und Sicherheit“ konfrontiert. Doch so sehr die terroristischen Anschläge in den USA-Metropolen auch die Welt erschütterten, die neue Art danach ist zweifelsfrei die alte. Statt Vernunft, Nachdenken und Besinnung - Eskalation der Gewalt, frei nach der Logik des US-Präsidenten George W. Bush: Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.

Also wieder einmal Krieg als Wurmfortsatz einer verfehlten Politik. Wieder einmal die Deutschen aktiv dabei. Und auch nicht neu: Eine kriegswillige Koalition schwört den amerikanischen Partnern „uneingeschränkte Solidarität“ und ermächtigt die Bundesregierung mit einer zwei Stimmen zählenden Parlamentsmehrheit, deutsche Soldaten in den amerikanischen Krieg zu schicken oder - später - zur Teilnahme an der „Befriedung“ des unterworfenen und okkupierten Landes. Es bleibt dabei: Die alte und neue wirkliche Bedrohung von Frieden und Sicherheit in der Welt sind immer noch die Kriege, im letzten halben Jahrhundert die amerikanischen vor allem.

Was den USA in Korea und Vietnam nicht gelang, was der Golfkrieg noch nicht brachte, soll nun langfristig auf einer Reihe von Kriegschauplätzen perfekt gemacht werden. Man ist geneigt zu fragen: Wird nach den antikommunistischen Feldzügen im Kalten Krieg und dem Untergang des europäischen Realsozialismus mit dem nahtlosen Wechsel zum Feindbild „Islamismus“ nun ein neuer „30jähriger Krieg“ eingeleitet?

Daß sich dafür das Wort „Solidarität“ verbietet, mag nicht nur für Sozialisten gelten. Vor allem aber das Wort „uneingeschränkt“ macht deutsche Politik, so wie schon in Jugoslawien, jetzt auch zum Mittäter der todbringenden Bombardements auf afghanische Städte und Dörfer und dem angekündigten „Kreuzzug“ gegen andere nach US-Vokabular vorgezeichnete „Schurkenstaaten“. Hilfwillige deutsche Politiker wie SPD-Fraktionsführer Peter Struck wollten am Tag nach dem 11. September auf einmal alle

Amerikaner sein. Jetzt sind sie es. Verdächtig sind die, die es nicht sein wollen. Ihnen unterstellt man - wie einst US-Senator McCarthy der Linken seines Landes - „unamerikanisches Verhalten“.

Aber es ist freilich kein Antiamerikanismus, wenn sich die Fragen nach den tieferen Wurzeln der Ereignisse des schicksalschweren Septembertages und Washingtons Reaktion darauf mehrten, wenn gefragt wird, wie teuer das durch nichts beschränkte Mitmachen

### NATO steht für Frieden Prömpers pur

Der Brüsseler NATO-Korrespondent des westdeutschen Fernsehsenders ZDF, Klaus Prömpers, berichtete über die Dezember-Tagung der Verteidigungsminister des Nordatlantikpaktes:

„Donald Rumsfeld machte eines eindeutig klar: Die friedlichen Zeiten der Landesverteidigung, in denen es keine Out-of-Area-Einsätze gab, sind endgültig vorbei.“

bei künftigen amerikanischen Kriegen die Völker noch zu stehen kommen wird. Es ist geradezu widersinnig, jene Abgeordneten des Deutschen Bundestages als antiamerikanisch zu denunzieren, die der Allianz der Aggressoren nicht zu folgen bereit waren, sondern für von Vernunft getragene Lösungen plädierten, um dem Volk der Vereinigten Staaten und allen Völkern neue Blutopfer ersparen zu helfen.

Bedauerlich nur, daß diese friedensstiftende Haltung vom Chef der PDS-Fraktion, Roland Claus, mit der irreführenden und gefährlichen These einer angeblich „neuen Art der Bedrohung von Frieden und Sicherheit“ verknüpft wurde. Das ist Wasser auf die Mühlen jener, die vom „Krieg gegen den Terrorismus“ reden, um ihren eigenen Staatsterrorismus zu verschleiern. Das ist Ablenkung von den Ursachen des 11. September und den Verbrechen der kriegswütigen Ultrarechts-Administration in Washington. Denn hinter dem gefeierten Amerikanismus der Gegenwart steht die alte imperialistische Strategie, den weiteren Verlauf der Geschichte im Sinne der Ausbeuter und Unterdrücker zu bestimmen.

Dr. Hans-Dieter Krüger

## Fälscher garantieren Echtheit

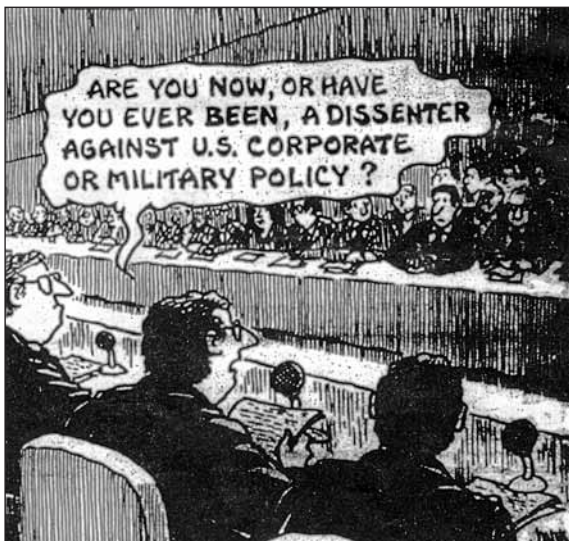
# Bin- oder Ver-Laden?

Mit Bin Laden hat man uns tüchtig verladen. Bei der CIA in Langley ist die Abteilung für gezielte Desinformation pausenlos am Wirbeln, um gefälschte Videos zu produzieren. Die Leute, die dort arbeiten, sind hochqualifiziert. Um so kläglicher ist das, was sie als Grauzonen-Fabrikationen auf den Gerüchtemarkt werfen. Nachdem die Amerikaner bereits ganz Afghanistan verwüstet und Tausende mit ihren Bomben erschlagen und zerfetzt hatten, erinnerten sie sich plötzlich ihres eigenen Vorwandes, unter dem sie den großen Mordfeldzug entfesselt hatten: des Ammenmärchens, der im Hindukusch ver-

steckte Bin Laden habe das Inferno von Manhattan in Auftrag gegeben und ausgelöst. Nachdem man bereits den Koffer des vermeintlichen Todesfliegers Mohamed Atta nebst einer Erklärung mit Selbstmordankündigung „gefunden“ hatte, da das brennende Gepäckstück „zufällig“ nicht mehr an Bord der Maschine gebracht worden war, will man Anfang November in einem Gästehaus bei Kandahar auf ein Video der besonderen Art gestoßen sein. Es zeigte Bin Laden im Kreise unbekannter Saudis. Der arabischsprachige Text war überhaupt nicht zu verstehen. So wurde er in mühevoller Arbeit von der Fälscherwerkstatt der CIA „übersetzt“. Erst am 13. Dezember konnte man ihn erstmals ausstrahlen. Doch sechs Tage zuvor hatte die CIA-Zentrale bereits mitteilen lassen, sie besitze ein Filmband, dessen „Echtheit“ wissenschaftlich bestätigt werden könne. Auf dem Video hielt Bin Laden angeblich große Reden über seine Rolle beim 11. September. Wer erinnert sich da nicht sofort des 1. Septembers 1939, als Hitlers SS-Kommando in polnische Uniformen gesteckte KZ-Häftlinge den fingierten Überfall auf den Reichsender Gleiwitz unternehmen ließ, oder an die „Torpedoattacke“ nordvietnamesischer Küstenschutzboote, die im August 1964 den USA-Kreuzer „Maddox“ im Golf von Tongking „brutal unter Feuer nahmen“, obwohl kein einziger Schuß fiel?

Es ist der Gipfel der Groteske: Die CIA bestätigt die Echtheit ihrer eigenen Fälschungen. Die Welt schüttelt sich vor Lachen. Selbst mancher Manipulierte spürt das: Es geht nicht um Bin Laden, sondern ums Verladen.

S. R.



Sind Sie jetzt oder waren Sie jemals ein Abweichler von der US-Konzern- oder Militärpolitik?  
Aus: „Workers World, New York“

**Ribbentrop - der Vater des Euro**

# Vom Bex zum Ribbi

In den letzten Augusttagen des Jahres 1939, kurz vor dem Überfall auf Polen, fand im Salzburger Schloß des Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop in geheimer Expertenrunde ein Planungsgespräch statt, das die Zukunft der Deutschen Reichsmark betraf. Die Kriegsvorbereitungen waren abgeschlossen, das Ziel der NS-Spitze bestand in der Schaffung eines europäischen Staatsverbandes unter deutscher Führung. Ribbentrops Idee war, daß das künftige Vereinte Europa eine einheitliche Währung erhalten sollte, faktisch eine Europa-Währung. (Nachzulesen in dem Buch „Hidden Agenda“ des

britischen Historikers Martin Allen, erschienen im Jahr 2000 bei MacMillan, London) Die neue Währung basierte auf einem komplizierten Rechensystem. Sie sollte nach dem Endsieg eingeführt werden und Bex heißen. Da es aber aus unerklärlichen Gründen nicht zum Endsieg kam, kam es auch nicht zum Bex.

Erledigt war die Idee deswegen nicht. Nachdem die deutschen Industriellen und Bankiers die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse gesund und munter überstanden hatten, kamen sie darauf zurück. Mit Umsicht und Geduld bereiteten sie die Europa-Union und die gemeinsame Währung vor. Werbe-

spruch: Jeder deutsche Tourist kann vorübergehend auch ohne Panzer quer durch den Kontinent reisen und überall mit dem selben Geld bezahlen. Wunderbar!

Doch wie sollte die neue Währung heißen? War ein Bex mit Hakenkreuz und SS-Runen schon wieder vertretbar? Vielleicht noch zu früh. Also wurde der Euro erfunden. Was schon vor 62 Jahren geplant war, mußte am 1. Januar 2002 endlich wahr werden. Eigentlich wäre es eine Anstandspflicht der Bundesbank, Herrn von Ribbentrop, dem Vater des Euro, wenigstens eine Gedenkmünze zu widmen - einen Ribbi als Vorboten der Währung nach dem Euro.

**Terenz Abt**

## Cacarajícara

Monsieur Dupont nennt dich ungebildet, weil du nicht weißt, wer der Lieblingsenkel von Victor Hugo war.

Herr Müller schreit auf, weil du nicht den (genauen) Todestag Bismarcks nennen kannst.

Na und, was soll's? Wenn du an der Reihe bist, dann laß sie cacarajícara sagen und frag' sie, wo sich der Aconcagua befindet und wer Sucre war und an welcher Stelle dieses Planeten Martí starb.

Und noch etwas: sie sollen dir immer auf Spanisch antworten.

NICOLÁS GUILLÉN

## Wie unsere Zeichner den Euro begrüßen



Auf der Suche nach dem Maximalprofit Grafik: Arno Fleischer



## Berliner Senat: Verwirrspiel, Gratwanderung, Entzauberung oder Ausverkauf?

# Die Lieb' zwischen Füchsin und Hahn

Beinahe jeder vierte Berliner – darunter fast die Hälfte der Wähler in der früheren Hauptstadt der DDR – hat am 21. Oktober 2001 für die PDS gestimmt. Der Erfolg überstieg den vorangegangenen Wahlen. Die PDS-Wähler honorierten die Antikriegshaltung, stimmten für soziale Gerechtigkeit, auch für das Zugpferd Gregor Gysi. Viele erwarteten, daß sie die von ihnen Gewählten im Abgeordnetenhaus, ja sogar im Senat, wiederfinden würden, nahmen sie doch an, daß die Wahlversprechen der von ihnen unterstützten Partei so am besten verwirklicht werden könnten. Daraus indes abzuleiten, eine linke Partei müsse sich bei Erreichen eines hohen Stimmenanteils nahezu „automatisch“ an der „Regierung“ beteiligen, ist allerdings ein Trugschluß. Ehrlichkeitshalber darf sie das nur, wenn sie begründete Aussichten hat, ihre Wahlforderungen – wenigstens zum Teil – umzusetzen. Das aber kann sie nicht durch bloße Regierungsbeteiligung. Denn die Administration besitzt nur eingeschränkte Möglichkeiten; sie muß in erster Linie dem Willen jener folgen, die über die Zentralgewalt und die eigentliche ökonomische Macht sowie die finanziellen Ressourcen verfügen. Dem Berliner Senat sind die Hände durch Vorgaben des Bundes und den Bankrott der Stadtfinanzen gleich doppelt gebunden. Alle Erfahrungen beweisen: Nur, wenn durch machtvolle außerparlamentarische Aktionen starker Druck auf die Herrschenden ausgeübt wird, kann die Regierungsteilnahme einer progressiven Partei positive Wirkungen zeitigen. Treten diese aber nicht ein, folgt schon bald die Enttäuschung der Wähler. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wußten das bereits vor hundert Jahren, als sie den Eintritt des französischen Sozialisten Millerand in die Waldeck-Rousseau-Regierung und den Befürworter des Millerandismus in der deutschen Sozialdemokratie, Vollmar, geißelten und begründeten, warum die Arbeiterpartei in der bürgerlichen Gesellschaft grundsätzlich nur die Rolle der Opposition übernehmen könne, es sei denn, sie stünde auf den Trümmern des alten Staates. Sie wandten sich energisch gegen die von Jean Jaurès vertretene These von der „sozialistisch-radikalen Regierungsfähigkeit“ und die Illusion vom „Sozialisierungsprozeß im Schoße des Kapitalismus“. Aber man muß nicht so weit zurückgehen. In unserer Zeit sind etliche Regierungsbündnisse, darunter das der FKP in Frankreich und das der „Postkommunisten“ in Italien, warnende Beispiele.

Auch die Erfahrungen des Koalierens der PDS mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern sprechen gegen solcherlei Vermengung. Nach drei Jahren muß nüchtern eingeschätzt werden: Statt den Politikwechsel in Schwerin zu erreichen, den die PDS zu ihrer Vorbedingung erklärt hatte, wurde das vorhandene Protestpotential von der SPD eher eingebunden. Die Nachteile der Regierungsbeteiligung in MV, so schlußfolgerte Genossin Prof. Dr. Edeltraud Felfe auf der Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der PDS am 3. November 2001, „sind ungleich größer als punktuelle Verbesserungen“. Die linken Kräfte wurden mit Hilfe der PDS zugunsten der SPD „kanalisiert“. Die Logik sogenannter Sachzwänge verhindert jeden Ansatz eines Höhenfluges. Man läßt die PDS mitspielen, aber nicht die Spielregeln bestimmen. Man freut sich darüber, wenn sie sich im ergebnislosen Getriebe vermeint-

lichen Regierens abarbeitet. „Entzauberung“ nennen das die sozialdemokratischen Führer. Hauptsache: Massenaktionen bleiben aus.

Wie aber ist die Lage in Berlin? Nachdem die „Große Koalition“ die Karre in den Dreck gefahren hatte, begann das neue Verwirrspiel. Das Zustandekommen der von der SPD zunächst favorisierten „Ampel“ scheiterte vor allem, weil die FDP die Forderungen ihrer Klientel konsequent vertrat. Manche Beobachter meinen allerdings, die erste Runde sei planmäßig ohne Ergebnis verlaufen, weil die SPD mit der PDS viel bequemer regieren könne. Berlins Abgeordnetenhaus und Senat stehen vor enormen Problemen. Die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit wächst, Ausbildungsplätze fehlen, die Kriminalität nimmt weiter zu. Für Volksbildung, Kultur und Gesundheitswesen mangelt es an den dringendsten Mitteln. Mieten, Ausgaben für Wasser, Abwasser, Gas, Strom und Wärme, Verkehrstarife usw. steigen in dem Maße, in dem Stadtvermögen privatisiert wird. Den Berliner Haushalt würgte im Jahre 2001 die Schuldenspirale mit täglichen Zinslasten von bereits 12 Millionen DM. Über 80 Milliarden DM Schulden standen Steuereinnahmen von 16 Milliarden, aber allein Personalkosten von 14 Milliarden gegenüber, von allen anderen Ausgaben ganz zu schweigen. Jeder vernünftige Mensch würde eine solche Schulden-Erbenschaft ausschlagen. Wollte man die Berliner Verhältnisse wirklich verändern, so ginge das nicht ohne tiefe Eingriffe ins Gefüge. Von Bundesregierung und Senat wären gemeinsam alle im Grundgesetz gegebenen Möglichkeiten zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Hauptstadt voll auszuschnöpfen. Dazu gehörten ein Schulden- und Zinsmoratorium, die Heranziehung der Großunternehmen und Banken durch eine ganz andere Besteuerung der Vermögen und Einkommen, der Spekulation u. v. a. Dieser Weg wird aber nicht beschritten. Statt dessen soll drastisch „gespart“ werden. Woran wohl? Fortan ist die PDS mit von der Partie. „Es wird komplizierte Einschnitte geben müssen. Auch die PDS wird weder Geld drucken noch Morgengaben verteilen können...“, leistete Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch am 5. 12. 2001 im ND psychologische Vorarbeit. Dafür wurde in den Koalitionsrunden ein ganzes Programm entwickelt, sinnreicherweise „Solidarpakt“ genannt. Es betrifft Personalkosten – also Löhne, Gehälter und Arbeitsstellen-, Investitionen, Wohnungen, die U-Bahn, Gesundheitseinrichtungen und Hochschulen, ja sogar die Sozialhilfe. Es ist makaber, daß das Land Berlin ausgerechnet in dieser Situation die Berliner Bankgesellschaft von den „Altrisiken“ ihrer Immobiliengeschäfte freispricht. Und es klingt wie bitterer Hohn, wenn Christa Luft die durch die Koalition mit der SPD entstandenen „Aufstiegsperspektiven“ der hauptstädtischen PDS – übrigens im Zusammenhang mit dem geplanten Großflughafen – eine „welthistorische Chance“ nennt. (ND vom 18. 12. 01) Gregor Gysi war da bescheidener: Er sprach nur von einer „Herausforderung“.

Die Vorbedingungen, die die PDS fürs gemeinsame Regieren zu stellen hätte, wären vor allem: Umlenken der Mittel, die für militärische Abenteuer, NATO, Rüstung und Bundeswehreskapaden ausgegeben werden, in die friedliche Entwicklung des Landes und seiner Hauptstadt, Umverteilung des Reichtums und

der Einkünfte, wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse im Osten an die Westdeutschlands. Das aber ist nicht einmal teilweise durchsetzbar, solange die Massen nicht auf die Straße gehen.

„Es war eine Lieb' zwischen Füchsin und Hahn“, heißt es in einem Lieder zu Brechts „Puntilla“. Und in der Früh', so sang man weiter, „all seine Federn, die hingen im Strauch“.

Angesichts solcher Perspektiven des Federnlassens wunderte man sich über den „zügigen Verlauf“ der Berliner Koalitionsverhandlungen zwischen Gysi und Wowerit. Es stimme die Chemie zwischen den Partnern, hörte man. Stimme sie vielleicht schon zu gut? Wie erklärt sich sonst der würdelose Kotau der PDS-Führung, die scharf antikommunistische Formulierungen in der Präambel des gemeinsamen Papiers abnickte. Sämtliche Vokabeln des Kalten Krieges und der Verleumdung der DDR tauchen hier auf – von der „Zwangvereinigung KPD-SPD“ über die „Niederschlagung des Volksaufstandes“ am 17. Juni 1953 bis zur „Mauer als Symbol des Totalitarismus und der Menschenverachtung“. Alles in der Sprache des Klassenfeindes.

Auch in Bezug auf die „großen Fragen“ handelt es sich um eine Mischung aus Gratwanderung und Ausverkauf. Man empfindet Respekt vor der bisherigen Antikriegshaltung der PDS. Kann man jedoch annehmen, daß sich die Bedingungen für Koalitionen mit Schröders SPD in einer Zeit der rückhaltlosen Unterstützung des Kriegskurses der USA durch Rot-Grün verbessern? Wie passen das Nein der PDS zum Krieg und das Senatsbündnis mit der Partei seiner schärfsten Verfechter, die gerade erst ein „robustes Mandat“ für's Mitmischen in Afghanistan durchsetzte, zusammen?

Und auch das muß verblüffen. Der Verfassungsschutz des SPD-Innensensors im angeblich rot-roten Senat wird sich auch weiterhin mit der Bespitzelung der Kommunistischen Plattform der PDS beschäftigen. SPD-Landesvorsitzender Peter Strieder meinte nur, die PDS müsse „das Problem intern lösen“, während Stefan Liebzig, sein neues Pendant im Berliner Karl-Liebknecht-Haus, defensiv erklärte, er erwarte, „daß die Beobachtung der KPF im Laufe dieser Legislaturperiode (!) eingestellt“ werde. Am Wesen der Staatsmacht hat sich also kein Deut geändert. So bleibt die „Regierungsbeteiligung“ der PDS ein Schuß in den Ofen und aus vermeintlichem „Rot-Rot“ wird bestenfalls ein doppeltes Rosa. **Ernst Heinz**



Aus: „Postmark Prague“

## Ohne die Einheit von Kommunisten und Sozialisten geht es nicht

# Gegen jeden Alleinvertretungsanspruch

Vor mir liegt der Brief eines gestandenen Genossen. Er setzt sich mit der ideologischen und organisatorischen Zersplitterung unter den deutschen Linken auseinander, mit der Sprachlosigkeit zwischen ihnen und der fehlenden Bereitschaft, Standpunkte anderer sachlich und geduldig zu prüfen und zu erörtern. In Briefen und Diskussionen wird immer wieder die Frage gestellt, warum im Lande von Marx und Engels keine einheitliche kommunistische Partei mehr existiert. Diesen Umstand betrachten viele Genossen als eine Hauptursache für die derzeitige Isoliertheit und den ungenügenden Einfluß der sozialistisch-kommunistischen Bewegung im politischen Leben der BRD.

Solche Meinungen besitzen einen positiven Aspekt. Sie drücken nicht nur Sorge, sondern auch das gewachsene Selbstbewußtsein der Kommunisten aus und signalisieren Fortschritte in der theoretisch-ideologischen Arbeit, die nach einer Zeit fast totaler Verwirrung deutlich an wissenschaftlichem Niveau gewinnt. Von marxistisch-leninistischer Position aus werden die Analyse sowohl des realen Sozialismus als auch des heutigen Kapitalismus verstärkt und die Auseinandersetzung mit Reformismus und Revisionismus prinzipieller geführt. Einen besonderen Stellenwert besitzt dabei die Verteidigung und schöpferische Anwendung der Leninschen Imperialismus-Theorie; sie bildet gewissermaßen das Fundament für die Zurückweisung von „Neoliberalismus“-Vorstellungen und „Globalisierungsrhetorik“. Lenins Imperialismus-Lehre ist für die programmatische Arbeit kommunistischer Parteien, für die Bestimmung von Strategie und Taktik, Weg und Ziel unverzichtbar.

Der Zusammenhang zwischen Lenins Imperialismus-Analyse und seiner Parteikonzeption in diesem Entwicklungsstadium des Kapitalismus ist unauflöslich. Und genau um diese Frage – um die perspektivische Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch zu einer künftigen starken KP – geht es bei den Diskussionen über die gegenwärtige Situation innerhalb der deutschen Linken. Illusionen und bloßes Wunschenken sind dabei fehl am Platze. Noch immer zersetzen Reformismus und Revisionismus einen großen Teil der Bewegung. Die Zeit ist gekennzeichnet durch beängstigende qualitative Veränderungen innerhalb des Systems der imperialistischen Machtausübung. Im November „RotFuchs“ wurde nicht ohne Grund von der „Stunde der Faschisierung“ gesprochen. Wir erleben neue Formen der Aggression nach außen und der Repression nach innen. Staatsterror und Militarisierung der Außenpolitik gehören ebenso dazu wie noch rigorosere Sozialabbau und bislang nicht vorstellbare Methoden zur Erfassung, Kontrolle und Kriminalisierung oppositioneller Kräfte. Glaube niemand, das habe ausschließlich etwas mit dem „11. September“ zu tun.

Eine erstarkende und einheitliche revolutionäre Linke wäre für den Gegner ein Horror. Zersplittert und zerstritten stellt sie für ihn keine ernstzunehmende Gefahr dar. Aber die Dinge sind in Bewegung und werden sich entwickeln. Härtere Klassenausesetzungen stehen bevor. Die Arbeiterbewegung muß sich aus der geistigen Fessel des Sozialdemokratismus befreien. Das stellt die Linken, vor allem die Kommunisten, vor neue Herausforderungen. Der kategorische Imperativ ihres Wirkens ist

die Einheit der eigenen Reihen und die Einheit der antiimperialistischen Aktion.

Ohne deckungsgleich zu sein ist die derzeitige Lage in vielerlei Hinsicht mit der Periode des Kampfes gegen den heraufziehenden Faschismus vergleichbar. Unendlich viel Zeit steht nicht mehr zur Verfügung. Wer hier verzögert oder eine einheitliche Kraft gar verhindert, läßt Verantwortung auf sich.

Betrachtet man das Parteienspektrum in der BRD, analysiert man die Rechtsverschiebungen bei Grünen und PDS, dann wird immer klarer: Was fehlt, ist eine konsequent marxistische einheitliche kommunistische Partei mit Masseneinfluß. Zu dieser Erkenntnis sind nicht nur in kommunistischen Parteien organisierte Genossen gelangt, sondern auch viele Linke in der PDS und ihrem Wählerumfeld sowie Kommunisten und Sozialisten ohne Parteibuch.

Auch wenn ihr numerisches Gewicht in unterschiedlichen Grade gering ist – eine besondere Verantwortung liegt auf den Schultern der 1968 in der BRD neu konstituierten DKP und der im Januar 1990 in der DDR-Hauptstadt gegründeten KPD. Sie sind – sieht man von noch kleineren Zusammenschlüssen ab – die derzeit wichtigsten Organisationen der kommunistischen Bewegung in Deutschland.

Worin bestehen die Haupthindernisse für die Aktionseinheit und das Zusammengehen beider Parteien? Ablehnende Erklärungen des DKP-Parteivorstandes zu Gesprächsangeboten des ZK der KPD, die leider von in diesem Falle schädlicher Polemik begleitet wurden, waren nicht schlüssig. Der entscheidende Hinderungsgrund ist der von Spitzenvertretern des PV der DKP proklamierte Anspruch, die einzige konsequent marxistische Partei mit wissenschaftlicher Weltanschauung zu sein, zu der es „keine Alternative gibt“.

Ich bin dafür, jeder Form von „Alleinvertretungsmaßnahme“, von wem sie auch immer ausgehen mag, den Kampf anzusagen. Wer so die Frage der Einheit stellt, fordert bloße Unterordnung. Dem Dialogpartner bleibe, will er am künftigen Zusammenschluß festhalten, nur die Selbstaufgabe. Eine solche Haltung untergräbt jeden Einheitsgedanken. Im Sinne der Feststellung Georgi Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß der Komintern ist sie Ausdruck „selbstgefälligen Sektierertums“. Auch die Auffassung, nur einer Partei komme es zu, zu beurteilen, was auf deutschem Boden Sozialismus war und was man künftig nutzen kann, ist von ähnlichem Kaliber. Eine solche Praxis wäre nicht mit den Thesen zur programmatischen Orientierung, die der Mannheimer DKP-

Parteitag im Januar 1993 annahm, zu vereinbaren. Darin heißt es bekanntlich: „Unser Ziel ist es, daß sich alle Kommunisten in Deutschland in einer Kommunistischen Partei zusammenfinden.“ An der Basis hält man sich an diesen Wegweiser. Mitglieder von DKP und KPD gehen dort achtungsvoll miteinander um und finden sich in gemeinsamen Aktionen. Es sollte als positiv gewertet werden, daß sich zunehmend vor allem in den ostdeutschen Grundorganisationen beider Parteien Genossen einheitsfördernd verhalten und so auf die Politikbestimmung ihrer Zentralen Einfluß nehmen, auch wenn das nicht überall gerne gesehen wird.

Wenn es gerade immer wieder Genossen aus den östlichen Bundesländern sind, die die Frage der Einheit der Kommunisten (und Sozialisten) aufwerfen, dann hat das nicht zuletzt seine Ursache darin, daß sie die geschichtliche Erfahrung der Einheit der Arbeiterklasse durch den Vereinigungsprozeß von 1946 verinnerlicht haben. Historische Situation und Charakter der Ereignisse waren damals gänzlich anders. Sicher war die Konstellation weit komplizierter. Aber das Ziel wurde erreicht. Ohne die Einheit der Arbeiterbewegung hätte es weder die DDR noch den nachfolgenden sozialistischen Aufbau gegeben.

Der Dialog zwischen allen am Zusammengehen auf revolutionärer Grundlage und marxistischer Ideologie festhaltenden Kommunisten und Sozialisten sollte unbedingt vertieft, das Gespräch zwischen den Führungen von DKP und KPD wieder aufgenommen werden. Ohne Mißtrauen und schädliche Polemik, bei gegenseitigem Respekt. Die Willensbildung in beiden Parteien muß für deren Mitglieder nachvollziehbar und durch sie beeinflussbar sein. Ein solcher Prozeß steht in keinem Widerspruch zur Stärkung der jeweils eigenen Organisation. Entscheidend ist, in den Prozeß der Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten auch all jene Mitstreiter einzubeziehen, die aufgrund der Tatsache, daß die PDS ihre „revolutionäre Seele ausgehaucht“ hat, nach einer neuen politischen Heimat suchen, oder die ihren Kampf in der PDS – allen Widrigkeiten zum Trotz – vorerst fortsetzen möchten.

Eine letzte Frage. Wie sollen der Einfluß auf die Klasse, die Akzeptanz kommunistischen Gedankengutes durch sie, wie soll wachsendes Klassenbewußtsein hergestellt werden, solange die Arbeiter die Kommunisten als unfähig erleben, miteinander zu reden, in Aktionseinheit zu kämpfen und die Einheit der eigenen Reihen zu erreichen? **Dieter Itzerott**



## SPD-Führer sind Todfeinde auch redlicher Sozialdemokraten

# Der Sumpf, aus dem sie kommen

Genosse Dieter Itzerott hat im „RotFuchs“ Nr. 45 mit seinen Thesen zum heutigen Sozialdemokratismus einen wichtigen und dringend erforderlichen Beitrag geleistet. Er stieß hier in Hamburg auf Interesse und Zustimmung. Ja, auf die Frage: Warum erst jetzt? Diese Ungeduld aber hängt sicher damit zusammen, daß es uns in der alten BRD nicht vergönnt gewesen ist, einen großen Vorzug zu genießen: 40 Jahre ohne solche Sozialdemokraten gelebt zu haben. Gab es je einen Grund, die z. B. von Walter Ulbricht präzise formulierte Selbstkritik an taktischen Fehlern im Einheitsfrontkampf der KPD vor 1933 als Vorwand für eine Aufweichung der strategischen Grundeinschätzung der antimarxistischen, proimperialistischen Positionen der deutschen Sozialdemokratie gelten zu lassen? Diese Grundeinschätzung geht im übrigen gerade von der Notwendigkeit aus, die Masse der ehrlichen Sozialdemokraten der Basis für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen. Bereits Lenin entdeckte den „untrennbaren Zusammenhang“ von Imperialismus und Opportunismus, Reformismus und Sozialchauvinismus sowie die Bedeutung dieses Verhältnisses für „jenen ungeheuerlich widerwärtigen Sieg“ der Träger solcher Erscheinungen über die europäische revolutionäre Arbeiterbewegung. Seine Imperialismus-Analyse ist von diesem Problem durchdrungen. Lenins Strategie und Taktik waren stets auf dessen Lösung gerichtet. Deshalb hatten die Bolschewiki die Niederringung der opportunistischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre stets ebenso im Visier wie die Zerschlagung des Imperialismus, wußten sie doch, daß das eine das andere bedingt und erfordert. Sie ließen niemals Zweifel an der Unvereinbarkeit und Unversöhnlichkeit der revolutionären Bewegung des Proletariats mit Regierungs- und Kriegssozialdemokratie: Klassenkampf und proletarischer Internationalismus, nationale Befreiung der unterdrückten Völker und antiimperialistische Solidarität – alles war immer nur gegen die rechten sozialdemokratischen Führer, deren Anhang und Ideologie denkbar und möglich. Lenin selbst brachte diese Erfahrung bei der Protestkundgebung anlässlich der Ermordung von Rosa und Karl am 19. Januar 1919 in Moskau auf den Punkt: „Ebert und Scheidemann, die vier Jahre lang die Arbeiter um räuberischer Interessen willen zur Schlachtbank führten, haben jetzt die Rolle von Henkern proletarischer Führer übernommen.“

Nach dem Ende dieser zugespitzten Etappe des Klassenkampfes nahm die Auseinandersetzung Formen an, die zu größerer Zurückhaltung zwangen. Hatten sich die rechten SPD-Führer deshalb geändert? Sie wandelten sich auch nicht, als die faschistische Offensive in ganz Europa die Einheitsfront zu einer Existenzfrage für die gesamte Arbeiterbewegung machte. Hier sei nur an den Berliner Blutmai 1929 des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel erinnert, oder an den französischen Sozialistenchef Leon Blum, der das republikanische Spanien mit seiner „Nichteinmischungspolitik“ schändlich verriet ... Es war gerade das verzweifelte Ringen der Kommunisten um die Einheitsfront, das die Leninsche Einschätzung der verräterischen Rolle der Sozialdemokratie bestätigte und vertiefte. Die aufrechten deutschen Sozialdemokraten, die im gemeinsamen antifaschistischen Widerstand aus all dem gelernt hatten, kämpften

nach 1945 für die Einheit mit den Kommunisten, die mit der Gründung der SED in der sowjetischen Besatzungszone verwirklicht wurde. Die Westalliierten dagegen versammelten in ihrem Machtbereich all jene „Arbeiterführer“, die den Schulterschuß mit den Kommunisten wie die Pest haßten. Bemerkenswert war Kurt Schumachers Aufruf vom Juli 1945. Er enthielt blumige Phrasen vom Sozialismus als „Tagesaufgabe“, zugleich aber den Vorwurf an die Adresse der KPD, „von Kapitalismus, Unternehmertum und Privateigentum zu schwärmen“. Thälmanns und Piecks Partei sei „ebenso vollständig wie das Nazitum und der Militarismus zusammengebrochen“ und es bestehe „kein zwingender Grund für ihre Weiterexistenz“; jeder „Annäherungsversuch“ der KPD an die SPD sei zurückzuweisen ...

So begann jene „einzigartige Beziehung“ zum USA-Imperialismus, die erst ein SPD-Ostbüro für Diversanten hervorbrachte, dann Brandt, Bahr & Co. als Hauptakteure der „Konterrevolution auf Filzlatzchen“ daherkommen ließ und schließlich Schröder zum SPD-Kriegsherrn machte. Die Schwarzgelder, die ab Ende der 40er Jahre zur Zementierung dieser Beziehung in die Kassen der Schumacher-Ollenhauer-SPD flossen, übersteigen noch jene der Kohl-CDU. Sie kamen von der CIA, bereitgestellt durch deren „Abteilung Internationale Organisationen“, kanalisiert über gelbe Gewerkschaftsbosse der AFL/CIO wie Irving Brown, David Dubinsky, Victor und Walther Reuther. Die operative Anbindung ging so weit, daß der SPD-Führer Fritz Heine in die USA reisen mußte, um die Liste der für den SPD-Vorstand kandidierenden Funktionäre durch die CIA bestätigen zu lassen.

Der militante Antikommunismus der Ebert, Scheidemann und Noske fand in der Unterordnung der SPD unter den nordatlantischen Kriegspakt gegen die Sowjetunion seine höchste Steigerungsstufe.

NATO-Gründung, Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze – diese SPD-Führung belog und betrog ihre Basis und die Arbeiterschaft, um sie im Zaum zu halten, der „Sozialpartnerschaft“ auszuliefern und die KPD zu isolieren. Schon damals „Genossen der Bosse“, hatten sie mit dem Bebel'schen Ursprung der Partei, gar mit dem Denken und Handeln von redlichen Sozialdemokraten wie Otto Grotewohl

und Otto Buchwitz nichts am Hut. Erbitterte Feindschaft hieß die Devise. Absolute NATO-Treue galt als Grundbedingung für jede SPD-Parteikariere. Wer diese nicht an die erste Stelle setze, sei – so 1970 der heute für die „atlantischen Beziehungen“ in der SPD zuständige Karsten Voigt – „politisch tot“.

Hier ist nicht der Platz, um das Wirken der SPD-Führungsriege und der von ihr herangezückelten Funktionärsschicht gegen demokratische und antiimperialistische Befreiungsbewegungen rund um das Mittelmeer, in Afrika und Lateinamerika zu schildern: Ihre Organisationen kamen als Trojanische Pferde der NATO-Interventen mit Demagogie, Korrumpierung, Spaltung, Destabilisierung und Konterrevolution daher, ob als Partei oder als Sozialistische Internationale, als „Freie“ Gewerkschaften oder als Friedrich-Ebert- und Hans-Boeckler-Stiftung ...

War es die Bedeutung des Friedenskampfes, die die sozialistischen Staaten diese Gefahren unterschätzen ließ? Öffnete die Sehnsucht nach Entspannung dem Sozialdemokratismus das Einfallstor, durch das er mit der These von der angeblichen Friedensfähigkeit des Imperialismus einmarschierte? Vieles wird zu untersuchen sein.

Seit der Kanzlerschaft Schmidts – von Kohl nur fortgesetzt – war die SPD uneingeschränkt reaktionär. Ihre „Reformen“ – ökonomisch, politisch, militärisch, juristisch – richteten sich gegen das Volk. Schmidts Ja zum NATO-Raketensbeschuß löste zwar noch keine Terrorbombardements aus, trug aber zum Totrüten und Ausbluten des Sozialismus bei und bahnte so der Konterrevolution den Weg.

Es ist dieser schwarze Sumpf der Geschichte, aus dem die Schröder, Struck, Schily, Scharping und ihresgleichen aufgestiegen sind. Wie immer ihre persönliche Abhängigkeit vom USA-Imperialismus sich gestaltet – Schröders „uneingeschränkte Solidarität“ ist dieselbe Vassallentreue, die die Führungsmacht und ihr Geheimdienst seit 1945 von den Bossen der SPD verlangt und mit vielen Dollars bezahlt haben.

Dieter Itzerott hat recht: Die modernen Kriegssozialisten sind in der Tat „nicht nur Erfüllungsgehilfen“, sondern längst selbst Vollstrecker imperialistischer Strategie.

Werner Hoppe





*Das Unbehagen derer, denen die DDR nicht behagte*

# Stinksauer auf sich selbst?

Vierzig sogenannte Bürgerrechtler aus sogenannten Wendezeiten – die sich jetzt „einfache Bürger wie wir“ nennen – haben einen Aufruf verfaßt, mit dem sie ihrem Frust über den Zustand dieses Landes und die dafür verantwortliche Politikerkaste freien Lauf lassen. Unter der Überschrift „Wir haben es satt“ wenden sie sich nach eigenem Bekunden bemerkenswerterweise „nicht an den Bundeskanzler, nicht an Rot-Grün, nicht an die Oppositionsparteien“, sondern an uns alle. Deshalb möchte ich als „einfacher Bürger wie wir“, der sich seinen Reim darauf macht, diesen hier vortragen.

Die Unterzeichner aus dem Kreis der sogenannten Bürgerbewegten in der DDR fahren schweres Geschütz auf gegen die herrschende Politik in der BRD, die unter „erbärmlichen und erschreckenden Umständen“ dieses Land in einen Krieg geführt hat. Sie sind stinksauer auf die allzuvielen, die in Parteien, Verbänden und Lobbies Politik „gegen unsere Interessen“ machen. Sie fühlen sich verraten und verkauft an ein System, das „unter dem Banner von Freiheit und Demokratie“ Freiheit und Demokratie verkommen läßt.

Gewiß doch. In vielem kann ich ihnen nur zustimmen. Sie beklagen die Aufblähung der Geheimdienste und sehen darin eine Aushöhung von Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit. Sie sind verblüfft darüber, daß „vermeintliche Anstifter des Terroranschlags mit einer grotesk übermächtigen Militärmaschinerie umgelegt“ und dabei elementare Regeln des Straf- wie des Völkerrechts mit Füßen getreten werden. Sie fragen: „Weshalb traut sich niemand an die Waffenhändler in den USA und in der Bundesrepublik heran?“ Offensichtlich eine rhetorische Frage. Sollten sie eine Antwort darauf wirklich nicht wissen? Sie fragen weiter: „Weshalb versuchen die USA mit allen Mitteln, die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs zu verhindern?“ Auch zur Beantwortung dieser Frage bietet der Text keinerlei substantiellen Ansatz. Und da werde ich stutzig. Sollte all diese versammelte Klugheit wirklich noch nichts gehört haben von „unseren wirtschaftlichen Interessen“, die unsere Regierenden weltweit wahrzunehmen haben, auch wenn es nicht unsere, sondern die Interessen der Herrschenden und Besitzenden sind? So unbedarft kann doch heute niemand mehr sein!

Der Schlüssel zur Beantwortung dieser Fragen, aber auch zum Verstehen ihrer Unfähigkeit, darauf auch nur Ansätze zu einer Beantwortung zu finden, liegt im Eingeständnis ihrer Ohnmacht, daß sie gleich zu Beginn kundtun: „Wir fühlen uns in wachsendem Maße ohn-

mächtig gegenüber wirtschaftlichen, militärischen und politischen Strukturen, die für Machtgewinn und Profit unsere Interessen in lebenswichtigen Fragen einfach ignorieren.“ Hier ist es gesagt, das erklärende Wort: Machtgewinn und Profit. Eigentlich wissen sie die Antworten auf die von ihnen gestellten Fragen – und doch fehlt ihnen zumindest die Fähigkeit, wenn nicht sogar die Ehrlichkeit, dieses Wissen anzuwenden bzw. anwenden zu wollen. Und nach der Ursache dafür muß der „einfache Bürger wie wir“ nicht lange suchen.

Um nämlich die Kriegs-, Diktatur- und Rechtspolitik der uns Regierenden glaubwürdig beklagen zu können, brauchen sie die dunkle Folie der DDR-Vergangenheit nach dem Muster: Das kennen wir doch alles schon; die gegenwärtige Misere ist nur die Fortsetzung der Misere von Gestern. Und das ist das Peinliche und Bedauerliche dieses Aufrufs, der in seiner Stoßrichtung gegen die Militarisierung der Außenpolitik und die Faschisierung der Innenpolitik sonst der Unterstützung vieler wert wäre. Aber so ist er es leider nicht.

Was wird der DDR vorgeworfen? „Sie war eine Diktatur.“ Natürlich ist das heute ein „Pfui-Wort“. Sie lassen bedauerlicherweise nicht erkennen, ob sie an der DDR die Diktatur einer verkalkten Funktionärsschicht zu kritisieren hatten – oder die Diktatur des Proletariats. Das hätte ich, der ich damals ebenfalls gegen bürokratische Anmaßung und Machtgehabe angegangen bin, gern gewußt, ehe ich mich ihrem Aufruf anschließen könnte. Denn ich wollte zwar einen „verbesserlichen Sozialismus“ wie Unterzeichner Heino Falcke, aber keinesfalls seine Abschaffung, die mit der Beseitigung der Arbeiterdiktatur – auch wesentlich mit Hilfe dieser sogenann-

ten Bürgerrechtler – zwangsläufig einhergehen mußte.

Sie werfen der DDR gleich im zweiten Satz ihres Aufrufs vor: Volksverdummung, hohle Phrasen, militaristisches Gehabe, Bevormundung. Was die behauptete Volksverdummung angeht, so kann sich das nicht auf Kindergärten, Schulen und Universitäten der DDR beziehen, die – mit ordentlichen Lehrplänen, durchweg personell und finanziell gut ausgestattet – so gebildete Bevölkerungsschichten hervorbrachten, daß sie von den westdeutschen Unternehmen und Institutionen wie vom Schwamm aufgesaugt werden. Politische Aufsteiger wie Angela Merkel sind dafür kein Gegenbeweis. Ihre konservative Ignoranz hat sie im Inseldasein des väterlichen Pfarrhauses mitbekommen,

In der am 13. September 2001 veröffentlichten Erklärung von Vertretern der „DDR-Bürgerrechtsbewegung“ wie Wolfgang Ullmann, Sebastian Pflugbeil, Almuth Falcke, Christian Führer, Thomas Klein, Walfriede Schmitt und Reinhard Schult, die im Herbst 1989 eine „besere DDR“ einforderten oder uns ihre als Revolution verkleidete Konterrevolution auf den Hals hetzten, heißt es wörtlich:

„Wir haben es satt, daß unter dem Banner von Freiheit und Demokratie gegen unsere Interessen regiert wird. Wir haben es satt, uns für dumm verkaufen zu lassen. Wir haben es satt, uns das platte Geschwätz auf Parteitag an-zutun. Wir haben Volksvertreter satt, die unsere Interessen nicht vertreten und das auch noch als Erfolg feiern. Wir haben einen Bundeskanzler satt, der um der Macht Willen Abgeordnete dazu bringt, ja zum Krieg zu sagen, wenn sie nein meinen, und nein zu sagen, wenn sie ja meinen. Wir machen nicht mit, wenn Kriegseinsätze mit Worthülsen wie ‚Verantwortung übernehmen‘, ‚neue Rolle Deutschlands in der Welt‘, ‚Politikfähigkeit‘ und ‚Durchsetzung der Rechte der Frauen‘ verharmlost werden. Wir verweigern uns diesem Krieg.“  
Bravo, möchte man rufen und fast die antikommunistischen Plattheiten übersehen, die natürlich auch nicht fehlen dürfen. Beeindruckend ist hier die dämmernde Erkenntnis, wohl doch aufs falsche Pferd gesetzt zu haben. Wann werden die Unterzeichner begreifen, daß viele von ihnen einst selbst Insassen eines Trojanischen Pferdes gewesen sind?



während sie ihre gute naturwissenschaftliche Bildung DDR-Hochschulen und Akademien verdankt.

Die gefürchtete jüngste PISA-Studie über das bedenklich niedrige Bildungsniveau der BRD bezieht sich ja prinzipiell auf die dominierenden BRD-Altländer, während sich die Vertreter der DDR-Volksbildung gleichsam mit einem kollektiven Nobelpreis ausgezeichnet fühlen dürften.

Wenn die Aufrufer der DDR „militaristisches Gehabe“ ankneiden, so ist das gleich doppelt bemerkenswert. Der in diesen Kreisen übliche Militarismus-Vorwurf ist jetzt auf bloßes „Gehabe“ geschrumpft. Vielleicht spiegelt das bereits die verdrängte Einsicht wider, in der kleinen Ostrepublik mit ihrem engagierten Abrüstungsimpetus (für ABC-Waffen-freie Zonen in Deckungsgleichheit mit Palme-Vorschlägen des neutralen Schweden) im Grunde einen verlässlicheren Partner gehabt zu haben als in der Westrepublik.

**Peter Franz, ev.-luth. Theologe**

*Ein Totalverweigerer, der in der NVA gedient hätte*

## Solidarität mit Ringo Ehlert

*Der Autor DR. PETER HACKS hat sich mit folgenden Zeilen an den „RotFuchs“ gewandt: „Der Bundesvorstand der FDJ macht uns mit Ringo Ehlert bekannt, einem hoffnungsvollen jungen Menschen und Freund der Wahrheit, der zur geschichtlichen Bestimmung der Bundeswehr Einsichten vorträgt, wie sie vernünftiger und einfacher sich nicht sagen lassen. Rotfuchs, denke ich, sollte sich diesen Einsichten anschließen und bei ihrer Verbreitung mittun.“*

Als diese Zeilen unseres Freundes Peter Hacks in der Redaktion eintrafen, lag bereits das Solidaritätsflugblatt des Bundesvorstandes der FDJ, mit dem zur Unterstützung für den 23jährigen, von Feldjägern und Polizei gesuchten Maurer Ringo Ehlert aufgerufen wird, auf unserem Tisch. Sogar die Überschrift für einen eigenen Beitrag hatten wir bereits formuliert: „Ein Junge aus der DDR sagt nein zur Besatzerarmee“. Heute bringen wir statt eines eigenen Materials Passagen aus einem bewegenden Interview, das der Wehrdienst- und Ersatzdienstverweigerer vor kurzem gegeben hat.

### **Ringo, warum bist Du untergetaucht?**

Ich hatte einen Einberufungsbefehl zum 3. September in die Bundeswehrkaserne Torgelow in Mecklenburg-Vorpommern. Dem habe ich nicht Folge geleistet.

### **Warum?**



Weil ich die BRD als System ablehne. Nicht zuletzt ihr Umgang mit der DDR-Geschichte hat bei mir zur Folge, daß ich die Bundeswehr als eine Armee von Besatzern empfinde. Sie hat nichts auf dem Gebiet der DDR zu suchen. Dazu kommt, daß die BRD nichts als Unheil über uns DDR-Bürger gebracht hat. Ich komme ja selbst aus so einer Krisenregion mit offiziell 20 % Arbeitslosen; die kapitalistische Wirklichkeit hat die himmelblauen Versprechungen längst Lügen gestraft.

### **Du willst die DDR wiederhaben?**



**Antifaschistische Partisanen und Angehörige antiimperialistischer Befreiungsbewegungen – hier eine zwölköpfige „Escuadra“ der kolumbianischen FARC – sind Kämpfer gegen den Staatsterrorismus.**

Foto: „Solidaire“

Es geht mir nicht darum, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Man muß sich nur folgendes vor Augen halten: Gäbe es die DDR noch, hätte es niemals einen deutschen Angriffskrieg auf Jugoslawien gegeben, keinen Umbau der Bundeswehr zur High-Tech-Aggressor-Söldner-Armee, könnte sich eine BRD ihre große Fresse, ihren Anspruch auf Europa, den sie immer mehr raushängen läßt, niemals leisten. Die Gründung der DDR war die wichtigste Konsequenz aus dem Zweiten Weltkrieg, sie war sicherheitspolitisch wichtigstes Moment und (vorläufiges) Ende der Geschichte deutscher Aggressionen, deutscher Weltkriege. Mit seiner nun erbeuteten alten Größe hat dieses neue Großdeutschland in Überschallgeschwindigkeit zurückgefunden zu seinen Eroberungsplänen. Die Geschichte deutscher Aggressionen geht nun weiter. Das Militär wird wieder wichtigstes Instrument dieser Pläne, denkbar schlechte Bedingungen für Frieden.

### **Noch eine Frage. Du schreibst in Deiner Erklärung, daß Du in der NVA gedient hättest. Gab es denn da bessere Bedingungen für Frieden?**

Die Bundeswehr ist eine Angriffsarmee, sie war es schon immer. Ihre Ausrichtung auf Angriff kommt natürlich erst jetzt so richtig zum Vorschein, denn da ist keiner mehr nebenan, der auf die Finger haut. Wie schon erwähnt, zieht die Bundeswehr innerhalb ihrer Struktur, ihrer Führung, ihres Geschichtsverständnisses weite Traditionslinien zur faschistischen Wehrmacht. Naziverbrecher werden durch Kasernennamen geehrt, Faschisten bauten diese Armee auf, Nazis schalten und walten in ihr.

Die NVA war eine Verteidigungsarmee. Nie hat ein Soldat der NVA die DDR verlassen, um ein anderes Land anzugreifen. Niemals konnte sich auch nur ein Keim von Faschismus und Nazismus in der NVA ausbreiten, denn sie war konsequent antifaschistisch. Eine NVA brach keinen Warschauer Pakt, sondern sorgte dafür, daß dieser kompromißlos eingehalten wurde. Eine NVA verteidigte, ganz im Gegenteil zur Bundeswehr, für mich unschätzbare Errungenschaften, die mit der Annexion der DDR untergingen. Errungenschaften, die sich das Volk erkämpfte und die dem Volk zugute kamen. Daher kommt auch der Name Volksarmee ... Die DDR ist wahrlich kein Paradies gewesen und ihre Armee keine Armee von Engeln, doch das Fundament, auf dem sie stand, die Schienen, in denen sie lief, waren antifaschistisch, antiimperialistisch, nichtkapitalistisch.

*Solidaritätspost für Ringo Ehlert bitte an folgende Adresse richten:*

*Freie Deutsche Jugend, Bundesvorstand,  
Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin  
Fax: 0 30/28 38 52 80*

## KPD-Agrarexperte Hans Kopistecki nennt die Dinge beim Namen

# Wo der Hase im Pfeffer liegt

*Genosse Hans Kopistecki (74), Vorsitzender der Agrarkommission beim ZK der KPD, war in der DDR langjährig Vorsitzender und Produktionsleiter einer LPG mit 6 000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche im Bezirk Frankfurt/Oder. Heute wirtschaften dort erfolgreich vier Agrargenossenschaften. Für „RotFuchs“ beantwortete er einige aktuelle Fragen zur Landwirtschaftspolitik.*

### Warum ist es um die sogenannte BSE-Krise in letzter Zeit eigentlich so still?

Weil das hysterische Geschrei um diese Krise sein Ziel erreicht hat: Der Verzehr von Rindfleisch ist um etwa 10 % gestiegen, während die Erzeugerpreise für die Landwirte um etwa 30 % gesunken sind. Der Bauer erhält bei Schlachtschweinen 3 DM pro Kilo, während der Verbraucher an der Ladentheke für Schweinefleisch das Fünffache bezahlen muß. Bei einem Gesamtverbrauch von etwa 3,5 Mio t im Jahr kann man sich ausrechnen, um welche Beträge es für die verarbeitende Industrie bzw. die Handelskonzerne geht. Da lohnt es sich schon, ein ganzes Volk mit Hilfe der gleichgeschalteten Medien zu manipulieren. Ob BSE, Anthrax, Terrorismus oder Kriegsberichterstattung aus Afghanistan: Bei der Verdummung der Volksmassen vollbringen die Medien wahre Wunder. Für mich war Spitzenleistung bei der Schürung der Ängste der Bevölkerung die Äußerung der Grünen-Politikerin Höhne, die die Wirkungen von BSE mit denen von Tschernobyl verglich.

### Ist die Sache denn wirklich so gefährlich?

Die Übertragungswahrscheinlichkeit der Tierkrankheit auf Menschen beträgt 1 : 1 000 000 und liegt damit in ihren Wirkungen weit unterhalb tödlicher Verkehrsunfälle oder durch Rauchen verursachter Krebstodesfälle. Im ersten Halbjahr 2001 wurden in Deutschland 1,29 Mio Rinder auf BSE-Befall geprüft, wobei 80 Fälle positiv waren, das sind 0,006 %. Ich möchte nicht mißverstanden werden: Natürlich ist das Durchtesten faktisch ausnahmslos aller geschlachteten und verendeten Rinder ein Fortschritt. In gewissen Grenzen ist auch der Riegel zu begrüßen, der bei der Nutzung von Tiermehl vorgeschoben wurde - wobei ein vernünftiger Bauer ohnehin kein Tiermehl an Rinder, die ausgesprochene Pflanzenfresser sind, verfüttert hat.

### Kann man das Kapitel BSE damit als abgeschlossen betrachten?

Keineswegs. Zunächst einmal muß aufgrund der fünfjährigen Inkubationszeit noch bis zum Jahre 2006 mit einer gewissen Zahl von BSE-Fällen gerechnet werden. Für wesentlicher halte ich allerdings die weitere Gültigkeit der Anweisung, daß im jeweiligen Betrieb der gesamte Bestand getötet wer-

den muß, wenn ein einziger BSE-Fall festgestellt wurde. Offenbar hat es sich noch nicht bis zur Ministerin Künast herumgesprochen, daß BSE eine Einzeltierkrankung ist. Erst jüngst mußten in einer Wirtschaft in Thüringen 651 Hochleistungstiere deswegen getötet werden. Offensichtlich will man auch weiterhin eine „Marktberreinigung“ durch Vernichtung gesunder Rinder erzwingen. Wieviele Tiere bisher der Vernichtung anheim fielen, bleibt trotz gewisser Angaben sowieso eine Geheimzahl.

### Wie sehen die Folgen für die Bauern aus?

Die Entschädigungsleistungen decken die Tierverluste nur zu einem Drittel. Hinzu kommen die Ausfälle bei der Milchproduktion. Allein im Land Brandenburg betragen die Mehrkosten 182 Mio DM, wovon die Bauern selbst 157 Mio DM aufbringen müssen. Nach wie vor gibt es ungelöste Probleme bei der Finanzierung der lagernden Tiermehlbestände und deren Beseitigung. Viele Bauern wurden durch die Art und Weise, wie die Regierung mit den BSE-Folgen umgeht, zur Aufgabe ihrer Betriebe gezwungen.

### Ist das ein Ausdruck des Scheiterns der Agrarpolitik der Regierung?

So kann man das nicht sagen; das würde ja voraussetzen, daß die Regierung in den letzten Jahren eine bauernfreundliche Politik betrieben hätte. Gescheitert ist lediglich der Versuch, die Ursachen für die BSE den Agrargenossenschaften im Osten anzulasten, die als „Agro-Fabriken“ diffamiert werden. Im Gegenteil: Allein die Hälfte der BSE-Fälle ist in Bayern aufgetreten, d. h. in einer Region mit ausgeprägt einzelbäuerlicher Wirtschaft, aber dem höchsten Rinderbesatz in Deutschland. Nicht aufgegeben werden dagegen die Versuche, die deutsche Landwirtschaft noch zügelloser als bei den Vorgängerregierungen den Zwängen der „Globalisierung“ auszusetzen. So beabsichtigt Frau Künast, den Export von lebendem Schlachtvieh nicht mehr zu subventionieren; das betraf 76 000 Schlachtrinder für den Nahen Osten, wo Gefrierfleisch aus religiösen Gründen nicht gekauft wird. Insgesamt machen die nahrungswirtschaftlichen Exporte 21 % der Verkaufserlöse der Landwirtschaft aus - eigentlich Grund genug, diesen sensiblen Bereich nicht anzutasten. Auch das neue Gesetz über die Hühnerhaltung birgt die Gefahr, daß die BRD mit billigen Eiern aus anderen EU-Staaten überschwemmt wird. Denn das Verbot der Käfighaltung - so sehr es zu begrüßen ist - gilt bei uns bereits ab 2005, in den anderen EU-Ländern aber erst ab 2012. So könnte man das fortsetzen. Es ist schon makaber, wenn Frau Künast ihre jetzige Funktion als „Traumjob“ bezeichnet, obwohl sie nicht gerade viel Fachkompetenz besitzt und nur ihre grünen Ambitionen rücksichtslos durchsetzen will.

### Wie muß man die auf dem jüngsten Bauernkongreß von der Ministerin massiv erhobene Forderung nach Übergang zur „ökologischen Landwirtschaft“ bewerten?

Ökologische Landwirtschaft bedeutet für die kleinbäuerlichen Betriebe vor allem mehr Handarbeit, kleinere Partien und mehr Kosten. Doch 80 % der produzierten Nahrungsgüter sollen nach dem Willen der rot-grünen Regierung auch künftig aus konservativen Betrieben kommen. M. E. führt der Trend dahin, daß Großbetriebe immer mehr dazu übergehen werden, einzelne Erzeugnisse nach ökologischen Gesichtspunkten zu produzieren, weil sich artgerechte Tierhaltung und Nachhaltigkeit in der Wirtschaftsweise beim Verbraucher durchsetzen werden. Von den bisherigen Prämienzahlungen an die Bauern sollen künftig 180 Mio DM wegfallen und der ökologischen Landwirtschaft zugute kommen, d. h., die Bauern bezahlen den „Strukturwandel“ selbst. So erweist sich auch die ökologische Landwirtschaft als Schlagwort, mit der die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirte zusätzlich untergraben wird.

### Wie ist die Stimmung unter den Bauern?

Die Buh-Rufe auf dem Bauernkongreß waren beredter Ausdruck für die Haltung der Landwirte. Der Hauptteil des Protestes artikuliert sich gegenwärtig über den Deutschen Bauernverband, dem von 1,4 Mio Landwirten in Deutschland etwa 0,5 Mio als Mitglieder angehören. Allerdings hat sich diese CDU/CSU-dominierte Organisation bisher nicht zu Aktionen entschließen können, wie wir sie aus westeuropäischen Ländern immer mal wieder hören. Vielleicht ist das auch dem so gut wie nicht vorhandenen Einfluß linker Kräfte zuzuschreiben. Die vom „RotFuchs“ erneut auf die Tagesordnung gesetzten „11 Forderungen für Ostdeutschland“ würden schon einen Ausweg zeigen. In den für mich überschaubaren Landwirtschaftsbetrieben ist die Bereitschaft zu weitergehenden Aktionen beachtlich. Hier wirken sowohl die zusätzlichen, den ostdeutschen Bauern seit der Konterrevolution aufgebürdeten Lasten als auch die Erfahrungen mit der genossenschaftlichen Produktion weiter. In den vier Dörfern, die früher zu meiner LPG gehörten, sind lediglich drei ehemalige LPG-Mitglieder ins Einzelbauerntum ausgeschiedert. Die im Osten bestehenden Agrargenossenschaften festigen sich, und auch in Westdeutschland entwickeln sich Kooperationsbeziehungen zwischen den Betrieben. Das läßt mich hoffen und sagt mir, daß unsere Arbeit, unser Leben und unser Kampf in der DDR nicht umsonst waren.

Interview: Frank Mühlefeldt

## Genosse Hans Wunderlich (Baden-Württemberg) hat das Wort

# Für eine solidarische Diskussion

Die UZ veröffentlichte am 31. 8. 2001 einen Artikel von Hans Wunderlich über ein Referat von Klaus Mausner zur DKP-Programmdiskussion. Der „RotFuchs“ brachte in seiner Oktoberausgabe eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Artikel unter der Überschrift „Wunderliches von Wunderlich“. Wir schickten der „RotFuchs“-Redaktion dazu eine zweiseitige Antwort. Klaus Steiniger rief dann an und sagte, sie sei für die Zeitschrift zu lang, eine deutlich kürzere werde jedoch veröffentlicht. Der nachfolgende Text ist die Kurzfassung. Jeweils zuerst das Argument vom „RotFuchs“, dann unsere Aussage dazu.

**Es gibt in dem Artikel kein Bekenntnis zur DDR als der größten Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Statt dessen wird ehrliche, kritische Aufarbeitung verlangt.**

Diese beiden Dinge schließen sich doch nicht aus. Ja, die DDR ist die bisher größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Aber aufgrund der konkreten historischen Bedingungen mit Fehlern und Schwächen, die letztlich zur Abwendung eines großen Teils der Bevölkerung führten und ihre Zerschlagung möglich machten. Wir müssen die Leistungen und Errungenschaften der DDR und ihre Schwächen und Fehler ehrlich und kritisch aufarbeiten und die Ergebnisse für die politische Auseinandersetzung und einen neuen Anlauf nutzen.

**Gewaltentrennung, Recht auf Wahl und Abwahl sowie das Recht auf Opposition sind keine Forderungen der proletarischen Revolution, sondern Anleihen bei der bürgerlichen Demokratie.**

Die marxistische Dialektik geht davon aus, daß in einer neuen Qualität auch Inhalte der überwundenen alten Qualität, mit veränderten Inhalten, „aufgehoben“ sind. In diesem Sinne sollten in einem neuen Anlauf Gewaltentrennung, Recht auf Wahl und Abwahl, das Recht auf Opposition sowie ein Verfassungsgericht in der neuen sozialistischen Demokratie im Hegelschen Sinne „aufgehoben“ sein, mit sozialistischen Inhalten, auf der Basis einer sozialistischen Verfassung, sozialistischer Eigentumsverhältnisse, ohne daß im Kapitalismus letztlich bestimmende Großkapital im Hintergrund und ergänzt durch eine Vielzahl von Elementen der Basisdemokratie.

**Es ist falsch zu sagen, der Marxismus sei keine „in sich geschlossene Weltanschauung“. Und Marx, Engels und Lenin als „Säulenheilige“ zu bezeichnen.**

Mit „keine geschlossene Weltanschauung“ ist gemeint, der Marxismus muß immer wieder neu die Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft (auch der sozialistischen) analysieren, die sich sehr schnell und sehr

tiefgehend verändern. Und er wird dabei zu neuen Erkenntnissen kommen. Und er muß im Kontakt stehen zu anderen Theorien der Gesellschaft, zu neuen Erkenntnissen der Wissenschaft, er darf sich nicht abschotten. Marxismus braucht eine ständige inhaltliche Weiterentwicklung, ohne von seinen Grundpositionen abzugehen, weil sich die Gesellschaft, die Ökonomie, die Wissenschaft und die Menschen ständig weiter entwickeln.

Mit „Säulenheilige“ ist die Vorstellung gemeint, jedes Wort von Marx und Engels sei heute noch völlig richtig und dürfe nicht kritisch hinterfragt werden. Eine Vorstellung, welche letztlich undialektisch und unmarxistisch ist. Der Begriff „Säulenheilige“ ist keine Abwertung und keine Trennung von Marx, Engels und Lenin, sondern die Kennzeichnung eines falschen Umgangs mit ihnen und ihren wissenschaftlichen Erkennt-

nissen. Würde Marx heute leben, er würde umgehend die jetzige, gegenüber dem Stand von vor 150 Jahren weiterentwickelte kapitalistische Gesellschaft untersuchen und zu manchen neuen marxistischen Erkenntnissen kommen. Von ihm stammt der Spruch „An allem zweifeln!“. Und Marx hat seine eigenen wissenschaftlichen Erkenntnisse vom Beginn seiner theoretischen Arbeiten bis zu seinem Tod immer wieder kritisch hinterfragt, weiterentwickelt und teilweise verändert.

*Wer den vollständigen Text lesen will, kann sich an Hans Wunderlich, Eichendorffstraße 28, 71139 Ehningen, Tel. 0 70 34/79 14 wenden oder ins Internet gehen zu [www.dkp-bawue.de/diskussion/rotfuchs](http://www.dkp-bawue.de/diskussion/rotfuchs)*

Wir erhoffen eine solidarische Diskussion.

**Hans Wunderlich/Klaus Mausner**

### Aus Briefen von H. Wunderlich an K. Steiniger

**19. 11. 01**

Anbei eine Antwort auf den „RotFuchs“-Artikel „Wunderliches von Wunderlich“ ... Ich würde mich natürlich freuen, wenn Ihr sie bringt ... Es würde sich schon lohnen, über die aufgeworfenen Fragen solidarisch zu diskutieren und sie nicht einfach als Blödsinn und Verlassen unserer marxistischen Theorie in die Ecke zu stellen.

**12. 12. 01**

Der „RotFuchs“-Redaktion wünsche ich Erfolg und Verständnis dafür, daß es aus Gründen der unterschiedlichen Lebens- und Kampferfahrung auch an manchen Punkten eine unterschiedliche Sichtweise gibt, die solidarisch ausgetragen werden sollte, um für die Partei produktiv zu sein und zu notwendigen neuen Erkenntnissen zu führen.

**16. 12. 01**

Nach einigem Nachdenken bin ich zu der Schlußfolgerung gekommen, Mitglied im „RotFuchs“-Förderverein zu werden und mich, soweit es meine Zeit und die große Entfernung zulassen, im Sinne einer solidarischen Diskussion einzubringen. Anbei der Aufnahmeantrag. Bitte schickt mir den „RotFuchs“ ab Januar zu. Ich werde ihn mit Interesse lesen und evtl. bei passender Gelegenheit auch mal etwas schreiben

**An den „RotFuchs“-Förderverein e. V., Teterower Ring 37, 126 19 Berlin**

### Aufnahmeantrag

Ich beantrage hiermit die Aufnahme in den „RotFuchs“-Förderverein e. V.

Von der Satzung habe ich Kenntnis genommen und erkenne sie an.

Der jeweilige Beitrag wird per Dauerauftrag, Überweisung od. bar entrichtet.

➔ Konto für Beiträge und Spenden: W. Metzger / Sonderkonto RotFuchs,  
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220 160 759

*Bitte **deutlich** (in Druckbuchstaben) ausfüllen*

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_ geb. am \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

Ich bezahle den Normal-Beitrag in Höhe von monatlich 2,50 €

Ich bezahle den ermäßigten Beitrag in Höhe von monatlich 0,50 €

Ich bezahle einen freiwilligen Förderbeitrag in Höhe von mtl. \_\_\_\_\_ €

*Zutreffendes bitte ankreuzen/ausfüllen*

\_\_\_\_\_  
(Datum, Unterschrift des Antragstellers)

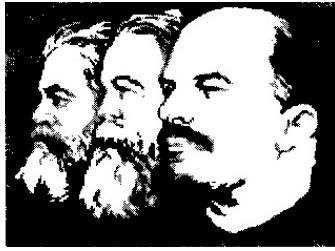
# Zur Diktatur des Proletariats

In der „Emanzipation des Proletariats“ meinte Marx das „Geheimnis der Revolution des 19. Jahrhunderts“ entdeckt zu haben. (MEW 7/21) Wenn diese kühne Erwartung, die er von den Pariser Arbeitern übernommen hatte, zeitbedingt auch noch verfrüht war, so bleibt sie doch der bestimmende Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung der Staats- und Revolutionstheorie durch Marx und Engels in dieser Periode. Die von ihnen aus der Analyse der europäischen Revolutionen gewonnenen und theoretisch verallgemeinerten Erkenntnisse haben für die Klassenkämpfe des 21. Jahrhunderts ihre Bedeutung nicht verloren. Das betrifft vor allem die Ausarbeitung des Diktaturbegriffs, speziell des Begriffs der Diktatur des Proletariats.

Die 1848er Revolution in Deutschland trug antifeudalen, bürgerlich-demokratischen Charakter. „Jeder provisorische Staatszustand nach einer Revolution erfordert eine Diktatur, und eine energische Diktatur.“ (MEW 5/402) 1848 ging es zunächst um die Errichtung einer revolutionär-demokratischen Diktatur, worunter Marx und Engels die Ausübung der politischen Macht durch revolutionäre Volkskräfte – Arbeiter, Bauern, Kleinbürger – verstanden. Diese Diktatur war nicht nur gegen die feudale Reaktion erforderlich, sondern hatte auch den Widerstand der Großbourgeoisie zu paralisieren, über deren konterrevolutionäre Haltung und Aktivitäten Marx und Engels keine Illusionen hegten. Das Neue in deren Diktaturdefinition bestand gegenüber den Theoretikern der französischen Revolution in der Bindung der Diktatur an eine bestimmte Klasse – entweder an die progressive Klasse zur Ausübung der politischen Macht, zur Niederhaltung der alten reaktionären Klasse oder an diese, um ihre Macht zu behaupten bzw.

wiederherzustellen. Marx und Engels unterschieden also zwischen einer revolutionären und einer konterrevolutionären Diktatur. In dieser Bestimmung wird der Gegensatz des marxistischen Diktaturbegriffs zur bürgerlichen Staatsrechtslehre besonders deutlich. Letztere findet ihren konzentrierten Ausdruck in der Totalitarismuskonzeption, also der wissenschaftlich unhaltbaren Gegenüberstellung von Diktatur und Demokratie als zwei unterschiedlichen Staatsformen, die einander angeblich ausschließen. Über ihren Klasseninhalt wird nichts ausgesagt.

Wesentliche Aspekte des Diktaturbegriffs entwickelte Marx in seiner Darlegung der Prinzipien einer revolutionären gesetzgebenden Versammlung. Ihre Legitimität geht aus der Revolution hervor. Die bisherige politische Verfassung, die bis dahin geltenden Gesetze sind aufgehoben, die Versammlung ist an sie nicht gebunden. Sie „vereinbart“ nicht, sie dekretiert. Ihr Mandat hat sie vom revolutionierten Volk. Regierung, Minister werden von der Versammlung eingesetzt, kontrolliert und abgesetzt. Sie sind ihr verantwortlich. Sie konstituiert sich als ober-



stes Gericht, verurteilt Konterrevolutionäre, ohne an Gesetze gebunden zu sein. Fürsten und Minister, die sich Beschlüssen und Dekreten nicht unterwerfen, werden als Hochverräter abgeurteilt.

Marx wandte sich energisch gegen die These von der „Gewaltenteilung“ als „erster Bedingung einer freien Regierung“ und kennzeichnete sie als „alten Verfassungsunsinn“. Nicht die Trennung, sondern die Einheit der Gewalten sei die Voraussetzung einer „freien“ Regierung. (MEW 7/498) Die Bewaffnung der Revolution war für Marx und Engels eine Selbstverständlichkeit, denn die beste Verfassung nützt nichts, wenn die Konterrevolution die Bajonette auf die Tagesordnung setzt.

Ein weiterer Aspekt der revolutionären Diktatur war der Gedanke des Zerschlagens der „alten Institutionen“ des Staatsapparates, dessen Ersetzung durch neue revolutionäre Staatsorgane. „Nach einer Revolution ist eine Erneuerung sämtlicher Zivil- und Militärbeamten sowie eines Teils der gerichtlichen ... die erste Notwendigkeit“, meinte Engels. „Sonst scheitern die besten Maßregeln der Zentralgewalt an der Widerhaarigkeit der Subalternen.“ (MEW 5/191) Nach jeder Revolution sei bis zur Konsolidierung der neuen Verhältnisse revolutionäre Gewalt erforderlich, schrieb Marx, „die einen verrotteten Zustand und seine gesetzlichen Stützpfeiler rücksichtslos zertrümmert“. (MEW 6/206)

Die revolutionär-demokratische Diktatur ist nicht mit der Diktatur des Proletariats zu verwechseln. Der Klasseninhalt ist unterschiedlich. Die Idee der Diktatur des Proletariats hatten Marx und Engels bereits vor der 1848er Revolution entworfen. Neue Erkenntnisse gewannen sie nach dem Aufstand des Pariser Proletariats im Juni 1848 und dessen brutaler Niederschlagung durch die vereinten Fraktionen der Bourgeoisie. Dieser Aufstand, der erste große Bürgerkrieg zwischen Bourgeoisie und Proletariat, hatte schlagartig den Klassencharakter der bürgerlichen Republik enthüllt. Die bürgerliche Revolution im Februar sei die „schöne Revolution“ gewesen, schrieb Marx, weil die Klassengegensätze im vereinten Kampf gegen die Monarchie noch unter der „Idee“ gemeinsamer Interessen des Volkes verborgen waren. „Die Juni-Revolution ist die häßliche Revolution, ... weil an die Stelle der Phrase die Sache, der Kampf der Arbeit gegen das Kapital in seiner reinen Form getreten war.“ Keine der Revolutionen der französischen

Bourgeoisie seit 1789 hatte die „Ordnung“ der Ausbeuter angetastet, jede ließ die Sklaverei der Arbeiter bestehen, so oft auch die politische Form der bürgerlichen Herrschaft wechselte. „Der Juni hatte diese Ordnung angetastet. Wehe über den Juni!“ (MEW 7/32) Die Bourgeoisie führte unter dem Beifall der herrschenden Klassen Europas einen Vernichtungskrieg gegen die Arbeiter. Sie erklärte sie nicht für gewöhnliche Feinde, die man besiegt, sondern für „Feinde der Gesellschaft, die man vernichtet“. (MEW 5/128) Die bürgerliche Presse bejubelte das grausame Vorgehen gegen die Arbeiter. Die von Engels zitierte „Kölnische Zeitung“ verwandelte den „Kampf zwischen zwei Klassen in den Kampf zwischen den Honetten und den Spitzbuben!“ (MEW 5/140) Die Arbeiter wurden als „Missetäter“, „Kannibalen“, „Mörder“, „Plünderer“ usw. verleumdet. Der schlimmste Vorwurf aber lautete: „Kommunisten!“

Die Niederlage überzeugte die Pariser Arbeiter von der Wahrheit, daß selbst die kleinste Verbesserung ihrer Lage innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft eine Utopie bleibt – „eine Utopie, die zum Verbrechen wird, sobald sie sich verwirklichen will“. An die Stelle kleinlicher Forderungen nach bürgerlichen Charakter stellte das Pariser Proletariat die revolutionäre Kampffarole: „Sturz der Bourgeoisie! Diktatur der Arbeiterklasse!“ (MEW 7/33)

Marx zog aus dem Juni-Aufstand die theoretischen Schlußfolgerungen und definierte erstmals wissenschaftlich den Begriff der Diktatur des Proletariats: „Dieser Sozialismus ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.“ (MEW 7/89 f.) Marx hat keine von ihm angenommenen Fristen für diesen Umwälzungsprozeß genannt. Daß er indes nicht von kurzer Dauer sein kann, wahrscheinlich ein Jahrhundert oder einen noch längeren Zeitraum umfassen wird, sei all denen gesagt, die es mit der „Abschaffung“ des sozialistischen Staates besonders eilig haben.

Im April 1851 wurde der Begriff der Diktatur des Proletariats erstmals in ein Parteiprogramm der internationalen Arbeiterbewegung aufgenommen, in den Artikel 1 des Vertrages für die Bildung einer „Weltgesellschaft der revolutionären Kommunisten“. (MEW 7/553) **Ulrich Huar**

## Leseempfehlung:

K. Marx: *Die Klassenkämpfe in Frankreich. Teil I, Teil III.* MEW 7/12-34, 64-94

## Als Parteisekretär im VEB Kühlautomat (12)

# Der Vorabend des 17. Juni

Mit der Normerhöhung waren wir im wesentlichen durch. Fast in allen Abteilungen hatten wir nach gründlichen Diskussionen die Kollegen davon überzeugt, daß das richtig war. Wer es immer noch nicht einsehen wollte, konnte sich der Mehrheit schwer entgegenstellen.

9. Juni 1953. Das ND veröffentlichte den Beschluß des Politbüros über den Neuen Kurs. Die Geschäftsleute bekamen wieder Lebensmittelkarten, die Arbeiterwochenkarten wurden wieder eingeführt, die Marmeladenpreiserhöhung zurückgenommen. Es seien Fehler gemacht worden. Man habe Überspitzungen zugelassen. Die Anweisung des Ministerrates über die Normerhöhung blieb allerdings in Kraft.

Die Reaktion der Leute war unterschiedlich. Ein Teil der Ladenbesitzer, die nach Westberlin gegangen waren, kehrte zurück. Die Wochenschau „Der Augenzeuge“ zeigte einen Fleischer, der nun wieder in seinem Laden in der Schönhauser Allee Wurst verkaufte. Die Grundstimmung aber war nicht gut. Zu meinem Erstaunen honorierten die meisten Menschen die offene Selbstkritik der Parteiführung nicht. „Nun sagen sie ja selbst, daß sie alles falsch gemacht haben!“, war der Tenor bei vielen.

„Da soll'n se besser abtreten!“, sagte einer mittags in der Kantine. Hermann Seiler antwortete ihm so laut, daß es alle hören konnten: „So? Na, dann jehn wa mal zusammen auf den Schrottplatz! Da kannste Deinen Ausschuß bewundern. Und dann kannste abtreten – oder es besser machen!“ Es blieb ruhig in der Kantine.

Die alten Nazis wurden wieder munter. „Der Spitzbart muß ab!“ Die gegen Walter Ulbricht gerichtete Parole ging um. Der Hinweis, Lenin habe gesagt, die Art und Weise, wie sich eine Partei zu ihren Fehlern verhält, zeuge von ihrer Reife, zog vielleicht im Parteilehrjahr, aber nicht in Berlin, bei offener Grenze, antikommunistischen Rundfunksendern und einer Bevölkerung, die noch wenige Jahre zuvor auf den „Endsieg“ gehofft hatte.

Der Druck auf uns nahm zu, und manche Parteiorganisationen wurden unsicher. Ein Artikel der Journalistin Katja Stern im ND vergrößerte die Verwirrung: „Weg mit dem Holzhammer!“ lautete die Überschrift. Der Beitrag wandte sich gegen mangelhafte Überzeugungsarbeit, die durch Anweisungen und Druck ersetzt wurde. Ort der Handlung: Die Baustellen in der Berliner Stalinallee. Nazis und SPD-Ostbürogruppen legten das sofort so aus, daß sie jede Auseinandersetzung mit rückständigen Auffassungen als Holzhammermethoden diffamierten. Die Genossen wurden immer unsicherer.

Alles zusammen – die Schwierigkeiten des täglichen Lebens, die Ungewißheit über die Zukunft der DDR, das Ausbleiben von Maßnahmen gegen die wirklichen Feinde des Landes, die Formierung konterrevolutionärer Gruppen – schuf eine gespannte Atmosphäre. Die Schwester des CIA-Chefs Allen Dulles – selbst eine USA-Geheimdienstgröße – kam nach Westberlin. Die Aufgabe, offen den Angriff gegen die DDR vorzubereiten, fiel dem RIAS zu. Unverhüllt präsentierte er die Aktionslosungen: „Weg mit den neuen Normen!“ war die erste.

Die Parteiorganisation des VEB Kühlautomat blieb von der Verwirrung unberührt. Da die Genossen Ruhe bewahrten, kam auch in der Belegschaft keine Unruhe auf.

16. Juni 1953. Ein Anruf meiner Frau: In der Stalinallee demonstrieren die Bauarbeiter! Sie fordern: Runter mit den Normen! Eine Information der Landesleitung: Am Abend Parteiaktivtagung im Friedrichstadtpalast. Ich dachte, es sei besser, jeden Anlaß für feindliche Vorstöße zu vermeiden, und ließ über den Betriebsfunk mitteilen, daß bei uns die Normerhöhung zwar nach gründlicher Aussprache und mit Zustimmung der Kollegen vorbereitet worden sei, daß aber die Inkraftsetzung der neuen Normen vorerst ausgesetzt würde, um alles noch einmal genau zu prüfen. Das wurde ohne erkennbare Reaktion aufgenommen. Offenbar war im Kühlautomat die Frage der Normerhöhungen nicht zum Konfliktstoff geworden.

Die Parteiaktivtagung verlief unbefriedigend, sie setzte keine klaren Zeichen, ließ vieles offen. Daß der Beschluß über die Normerhöhung inzwischen durch die Regierung aufgehoben worden war, blieb unerwähnt. Wahrscheinlich war es noch nicht bekannt. An uns appellierte man nur, am nächsten Tag in die Betriebe zu gehen. Das wußten wir selbst.

Nacht vom 16. zum 17. Juni. Ununterbrochen gibt der RIAS seine Weisungen durch: Auf in die Stalinallee! Nieder mit den Normen! Streik! Weg mit der Regierung Grotewohl! Der Spitzbart muß ab! Freie Wahlen! Die Situation ist äußerst brisant.

Am 17. Juni beginnt die Frühschicht wie immer. Ich gehe mit dem Werkleiter durch den Betrieb. „Morgen!“ „Morgen!“ „Alles in Ordnung?“ „Ja“

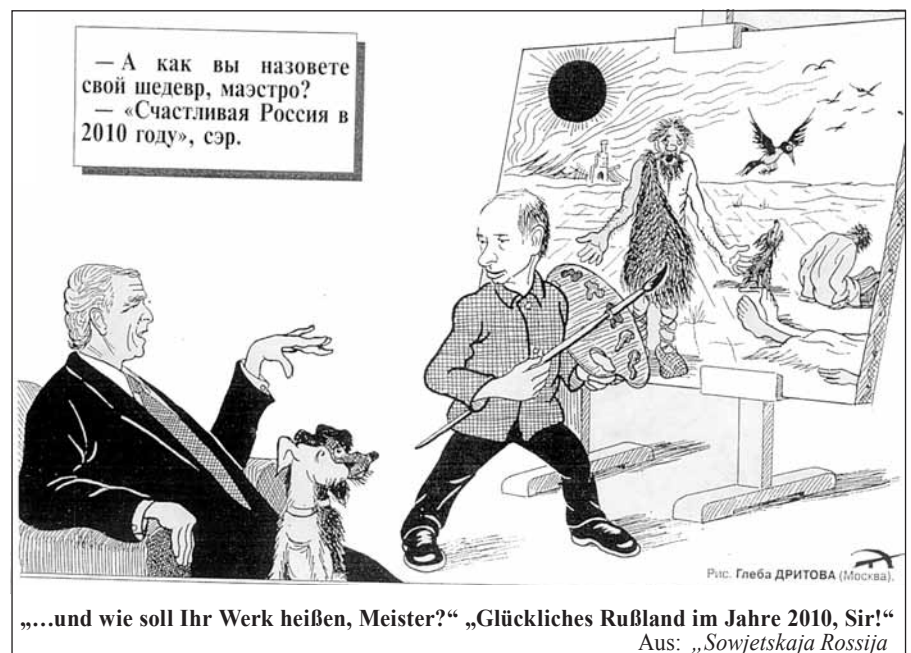
Dennoch Spannung, Erwartung. Nochmal durch den Betrieb. Ich sage jedem Genossen, daß ich nun nicht mehr herumlaufen werde, sondern in meinem Zimmer bin, damit man mich jederzeit erreichen kann. Die RIAS-Nachrichten werden immer schlimmer. Eine riesige Demonstration bewege sich zur

Leipziger Straße. Am Potsdamer Platz brenne das HO-Kaufhaus. Sowjetische Panzer schossen in die Menge! Auch in Leuna und Buna Aufstand. Dazwischen verschlüsselte Meldungen, zweifellos Anweisungen für konterrevolutionäre Gruppen, wie schon in der Nacht.

„Komm mal in die Klempnerei! Da ist was im Gange!“ Natürlich – bei dem SPD-Mann Lange befindet sich die Zentrale! In der Klempnerei einige üble Kerle aus anderen Abteilungen, die dort gar nichts zu suchen haben. Lange spricht mit ihnen, ist sichtlich überrascht, als ich auftauche. „Was ist denn los?“ „Wir müssen eine Betriebsversammlung machen!“ Lange sagt das aggressiv und zugleich unsicher. „Wozu denn?“ „Wir müssen über alles reden!“ „Worüber denn?“ „Wir müssen eine Betriebsversammlung machen!“ „Das hast Du schon mal gesagt. Ich bin nicht der BGL-Vorsitzende. Wende Dich an ihn. Sag, was Du willst. Wenn es wichtig ist und alle angeht, wird die BGL eine Betriebsversammlung einberufen. Sonst nicht. Also, worum geht's? Ich werde es dem BGL-Vorsitzenden sagen.“

Lange ist sichtlich aus dem Tritt. Er weiß einfach nicht, was er fordern soll. Er stiert mich an, hält eine schwere Blechscheren in der Hand. Wenn er mir damit über'n Kopp haut, bin ich erledigt. Aber so einer ist Lange nicht. Eher einer der Kerle, die ständig aus dem ganzen Betrieb in die Klempnerei kommen. „Was soll das?“ frage ich Lange. „Woher kommen die? Wer hat die hergerufen?“ Einer der Ankömmlinge grinst. Offensichtlich findet die Betriebsversammlung schon statt, exklusiv für diese Typen! Hier kann man nur verlieren. „Gut. Jetzt ist es zwölf: Um halb eins ist Betriebsversammlung, dann Mittagspause.“

Lange ist einverstanden. **Walter Florath** (Der Beitrag „Die Eiskalten und das Emilbäumchen“, dessen 12. Folge wir hier veröffentlichen, wurde dem Buch „Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953, GNN Verlag 1999, entnommen.)



## Wie steht die KP der Russischen Föderation zum Putin-Regime?

# Partei der prinzipiellen Opposition

*Walentin Kupzow, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des ZK der KP der Russischen Föderation, hat in einem längeren Beitrag für die „Prawda“ Grundfragen der Politik seiner Partei dargelegt. Der Artikel erschien unter der Überschrift „Das Bild der KPRF des XXI. Jahrhunderts“. Wir veröffentlichen Ausschnitte.*

Das vergangene Jahr hat die Schlußfolgerung des VII. Parteitages bestätigt, daß die KPRF die in sich geschlossenste, einflußreichste politische Organisation der gegenwärtigen russischen Gesellschaft ist. Als ein Kennzeichen dafür kann die Unterstützung durch die Wähler gelten. Bei den Wahlen der Verwaltungschefs der Gebiete Iwanowo, Kursk und Kamschatka, aus denen die Ersten Sekretäre der Gebietskomitees der KPRF als Sieger hervorgingen, zeigte sich das. Das Wachsen des Einflusses der Partei hat auch die Wahl des Gouverneurs des Irkutsker Gebietes demonstriert, bei der der Erste Sekretär des Gebietskomitees trotz der erbarmungslos durch die Opponenten genutzten „administrativen Ressourcen“ und ungeachtet verschiedener Wahlbetrügereien in der zweiten Runde etwa 50 % der Stimmen erhielt.

Diese Erfolge der linken Kräfte lösten bei den jetzigen Machthabern Unruhe aus. Unsere Opponenten sind zur aktiven Nutzung alter ideologischer Mittel, vor allem des Erztantikommunismus, übergegangen. So wurde z. B. mit Geldern der Administration des Präsidenten eine „wissenschaftliche Konferenz“ über „Rolle und Perspektiven der KPRF“ organisiert, die im „Präsidenten-Hotel“ stattfand. Wegen der auf unsere Partei entleerten Schmutzkübel wurde diese „Beratung“ wie andere derartige „Diskussionen“ im Fernsehen und anderen bourgeoisen Massenmedien breit propagiert. Bemerkenswert ist, daß kein Kommunist zu ihr eingeladen wurde. Übrigens hat auch der Kreaml die KPRF – sie stellt immerhin die größte Fraktion in der Staatsduma – bei der Organisation des „Bürgerforums“ nicht bemerkt.

Es handelt sich dabei nicht um zufällige Einzelvorgänge, sondern um das zielgerichtete Streben des Regimes, die KPRF an den „Rand des politischen Feldes“ abzurängen. Den Jelzin-Kurs fortsetzend haben Putin und seine Mannschaft jetzt die dritte Etappe der räuberischen Privatisierung in Gang gesetzt. Der Präsident hat den Bodenkodex unterzeichnet, der den Kauf und Verkauf von Ländereien vorsieht. Über die Staatsduma ist das Arbeitsgesetzbuch der Regierung durchgebracht worden, das die Rechte des Lohnarbeiters verletzt. Praktisch unter Umgehung des Parlaments wird die 100prozentige Bezahlung von Wohnungs-Kommunaldiensten eingeführt, was mit einem Anwachsen nicht nur der Armee der Verarmten, sondern auch der gewaltigen Masse der „neuen Wohnungslosen“ einhergeht. Gegen die Interessen des Menschen der Arbeit sind sowohl das Rentengesetz als auch die Bildungsreform gerichtet. Einen für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit gefährlichen Charakter nimmt die jetzt zu verwirklichende Militärreform an.

Somit sind die Masken abgeworfen. Allen verständlich geworden ist das volksfeindliche Wesen der jetzigen Macht. In dieser Situation können wir den Absichten unserer Opponenten nur das zielgerichtete, politisch geprüfte und wissenschaftlich begründete Handeln zur Gewinnung der Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes entgegenstellen.

Die KPRF ist einerseits ideologischer Nachfolger von SDAPR-SDAPR(B)-RKP(B)-KPdSU(B)-KPdSU; sie ist den Traditionen des Kampfes für die Interessen vor allem der Lohnarbeiter treu; sie stützt sich unverändert auf den Marxismus-Leninismus und ist bestrebt, ihn schöpferisch zu entwickeln. Andererseits muß die KPRF im Gleichtakt mit der Zeit gehen. Deshalb gehört unter unseren vorrangigen Aufgaben ein wichtiger Platz der Ausarbeitung des Bildes der KPRF des XXI. Jahrhunderts. Um dieses Bild am Beginn des Jahrhunderts wahrzunehmen, ist es von prinzipieller Bedeutung, gerade die Oppositionsstellung unserer Partei zu erkennen. 70 Jahre sowjetischer Geschichte haben die Zeitgenossen gelehrt, die KPdSU als regierende Partei zu sehen. Dieses Stereotyp ist zählebig. Ins ZK der KPRF kommen Tausende von Briefen, in denen man sich an uns wendet, als ob die Partei über kolossale Ressourcen materieller Art verfüge, als ob sie sich an der Macht befände. Die Verfasser der Briefe an das ZK gehen durchweg davon aus, daß die KPRF mit ihren 550 000 Mitgliedern einen zahlenmäßig großen Apparat besitzt. Doch wie weit sind diese Vorstellungen von der Realität entfernt! Im Apparat des ZK der KPRF sind insgesamt 5 hauptamtliche politische Mitarbeiter beschäftigt, die sich dazu noch mit technischen Aufgaben befassen müssen. Zum Vergleich: Mitte der 80er Jahre betrug die zahlenmäßige Stärke des Apparates des ZK der KPdSU 5 000 freigestellte Mitarbeiter (im letzten Stadium verringerte sie sich auf 3 500). Und so ist die Lage nicht nur in bezug auf den Apparat. Wir haben nur einen geringen Teil der ehemaligen Finanz- und Informationsmittel. Natürlich, anläßlich der vom Jelzin-Regime vorgenommenen Enteignung kann man sich darüber entrüsten und aufregen. Aber ich möchte hervorheben: Das Ganze besitzt auch einen positiven Aspekt: Es hat sich eindeutig eine Säuberung der kommunistischen Reihen vollzogen. Ich möchte keinen kränken, aber den Unterschied zwischen der Parteiarbeit für Bezahlung und der Tätigkeit der Aktivisten auf ehrenamtlicher Basis betonen. Der Unterschied liegt hier nicht nur in der materiellen Entlohnung und ihrem Fehlen, die jetzige Situation erfordert Selbstlosigkeit; sie ist solcherart, daß die Kommunisten der Gefahr der Verfolgung nicht nur in bezug auf sich selbst, sondern manchmal auch mit Blick auf die Familienmitglieder unterworfen sind. So wurden z. B. im Rostower Gebiet nicht wenige Sekretäre von Stadt- und Rayonkomitees wegen ihrer Teilnahme an der Wahlkampagne zugunsten unserer Partei durch ihre Arbeitsstellen entlassen.

Man muß auch noch ein weiteres ernstes Problem erkennen. Im Massenbewußtsein haften nicht nur die Mitglieder der in der Opposition befindlichen KPRF, sondern auch viele, die inzwischen treue Diener des derzeitigen Regimes sind. Man muß zugeben, daß sich in den Strukturen der heutigen Macht sehr viele Personen befinden, die vorher in der KPdSU eine zuweilen sehr angesehene Stellung eingenommen hatten. Jetzt bauen sie aktiv den Kapitalismus auf. Dabei noch in den scheußlichsten Formen.

Entstanden auf den Ruinen der KPdSU, vereinigte die KPRF Kommunisten mit unterschiedlichen Ansichten – von den aufrichtig an die Wahrheit der Linie Stalins Glaubenden bis zu solchen, die zu sozialdemokratischen Formeln neigten. Zur gemeinsamen Basis, die die Mitglieder der KPRF zusammenführte, war die Feindschaft zum Jelzismus, zum Kurs der liberalen Reformen geworden. Heute sind bei vielen die Illusionen in bezug auf die Möglichkeit einer raschen Wiedergeburt des Sozialismus verweht. Wir müssen uns auf eine lange, schwere, mühsame Arbeit unter den Massen einstellen. Zehn Jahre lang hat sich die KPRF – in bedeutendem Maße auf die Energie der Empörung über die Gegenwart und die nostalgische Betrachtung früherer Zeiten – gestützt. Die Kommunisten wie auch die Mehrheit des Volkes glaubten an einen schnellen Sieg und hielten ihn für nahe. Leider haben wir die Situation vereinfacht und die ganze Schwierigkeit des Kampfes unterschätzt. Die Kader der Partei sind psychologisch müde geworden. Sie meinten, daß ihre Arbeit zur Wiederherstellung der kommunistischen Bewegung von der Mehrheit der ehemaligen Kommunisten und der werktätigen Bevölkerung unterstützt werde. Aber das ist bei weitem nicht überall geschehen. Für uns ist es äußerst wichtig zu begreifen, warum das Ausreifen des sozialistischen Bewußtseins bei den Massen so langsam verläuft.

Der VII. Parteitag hat sich nicht zufällig der Frage nach dem Platz des Marxismus-Leninismus in der gegenwärtigen Welt, nach dem Platz und der Rolle der Partei, nach ihrem Typ, nach solchen Kategorien wie den Eigentumsverhältnissen, dem Begriff und der Rolle der gegenwärtigen Arbeiterklasse zugewandt. Man darf diesen Fragen nicht ausweichen. Sie werden vom Leben gestellt. Unmöglich ist es, sich ohne Bestimmtheit in den ideologisch-theoretischen Grundlagen weiterzubewegen. Wie W. I. Lenin schrieb, „spielen Abwechslertum und das Unternehmen von Winkelzügen in bezug auf sozialistische Ideologie unvermeidlich in die Hände der Ideologie der Bourgeoisie“. Zugleich ist es notwendig, sich darüber Rechenschaft abzulegen, daß übereilte, nicht erprobte ideologische Neuerungen jene Einheit bedrohen können, die auf der Grundlage des Kompromisses zwischen den Parteimitgliedern mit unterschiedlichen Ansichten in der Periode des frontalen Kampfes gegen den Jelzismus und seinen Fortsetzer – das Putin-Regime – erreicht wurde.

**Übersetzung: Eberhard Bock**

## *Ist die Entwicklung in China wirklich so schwer einzuschätzen?*

# Blick auf das Ganze

Es besteht kein Zweifel, daß es auch für die Linken nicht immer leicht ist, zutreffende Urteile über die vielfältigen Fragen, die die heutige Gesellschaft aufwirft, zu fällen. Die Medien überschütten die Öffentlichkeit mit zahllosen Informationen verschiedenster Art, aber dadurch wird deren Beurteilung nicht unbedingt einfacher. Halbwahrheiten, Falschmeldungen, tendenziöse Darstellungen suggerieren falsche Urteile und steuern die Meinungsbildung oft in eine unrealistische und wahrheitsfremde Richtung. Hinzu kommt die Verkehrung der Begriffe und Werte. Aggressionshandlungen werden als friedenssichernd ausgegeben, Konterrevolutionen als Transformationen bemäntelt, diktatorische Handlungen als demokratisierende Maßnahmen schöneredet. Diese Liste ließe sich beliebig verlängern, allein die „Unworte des Jahres“ sprechen Bände. Deshalb sollte es gute Gepflogenheit der Marxisten bleiben, die Dinge beim Namen zu nennen. Denn es wirkt schon seltsam, wenn leitende Vertreter der PDS in kurzem Abstand „Solidarität“, etwas später „kritische Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika“ und „kritische Solidarität mit Kuba“ proklamieren. Wer ist da noch in der Lage, die politische Position dieser Partei zu erklären?

Auch in der Beurteilung der Situation in China zeigen sich unter den Linken sehr unterschiedliche Meinungen. Das ist Ergebnis der Verdrehung der Begriffe, aber sicher zugleich der nicht ausreichenden konkreten Kenntnis, der Vielschichtigkeit der Prozesse und ebenfalls der Tatsache, daß wir Marxisten in vielen Fragen Neues lernen müssen. Das bedeutet keineswegs Aufgabe von bewährten Prinzipien, aber das Verständnis für Entwicklungen in anderen Ländern, in anderen Teilen der Erde mit anderen historischen, kulturellen, wirtschaftlichen Situationen und anderen Größenordnungen. Das bedeutet nicht zuletzt, daß unsere eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse neu geprüft werden müssen, daß wir unsere oft „eurozentristische“ Sicht, unsere westlich geprägten Wertevorstellungen überwinden müssen. Auf den ersten Blick ist die Beurteilung der chinesischen Entwicklung kaum unterschiedlich, sogar zwischen dem bürgerlichen und dem linken Spektrum: In den letzten mehr als 20 Jahren hat sich in China eine beeindruckende Entwicklung vollzogen. Die Wirtschaft ist im Jahresdurchschnitt um fast 10 % gewachsen, das Lebensniveau des Volkes merklich gestiegen, China hat im Unterschied zu den meisten anderen Entwicklungsländern eine allseits beachtete stabile Entwicklung erreicht, es ist in die Gruppe der wirtschaftsstärksten Länder der Erde aufgerückt. Und wenn man heute davon spricht, daß das 21. Jahrhundert das Jahrhundert

des asiatisch-pazifischen Raumes sein wird, dann ist das vor allem mit der Entwicklung in China verbunden.

Doch bei der Benennung der Ursachen dieser Entwicklung und ihres Charakters gibt es bereits prinzipielle Unterschiede. Auf einen kurzen Nenner gebracht, führen die bürgerlichen Ideologen alle Fortschritte darauf zurück, daß China mit seinen Reformen einen kapitalistischen Weg eingeschlagen habe, der auch auf den politischen Bereich ausgeweitet werden müsse, um die wirtschaftliche „Transformation“ zu „ergänzen“. Die KP Chinas spricht vom sozialistischen Weg unter den konkreten chinesischen Bedingungen. Marxisten begrüßen die Erfolge der VR China auf dem Weg des Sozialismus, für den nach den Ereignissen Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre durch die Entwicklung in China neue Hoffnung erwächst. Aber einige Linke glauben auch, ein Verlassen des sozialistischen Weges zu erkennen. Zweifellos werfen ausländische Investitionen, Aufnahme in die WTO, Coca-Cola-Reklame, angestrebte „sozialistische Marktwirtschaft“, Förderung von individuellem und Privateigentum usw. Fragen auf, wie das mit den sozialistischen Prinzipien zu vereinbaren ist. Manche bringen es auf eine ganz einfache Formel: Die KP Chinas führt eine Politik der Reformen und der Öffnung nach außen durch, also beschreitet sie einen kapitalistischen Weg.

Diese und ähnliche Argumentationen sind aber nicht zutreffend. Vor kurzem hatte ich gemeinsam mit anderen Genossen ein Gespräch mit einem Wissenschaftler der KP Chinas. Er sagte zusammengefaßt folgendes: Wir haben unseren Marx gelesen und lesen ihn; aber wir müssen auch unsere konkrete Situation beachten. Marx ging davon aus, daß der Sozialismus aus einem hoch entwickelten Kapitalismus entsteht, aber der Sozialismus in China entsteht auf der Basis einer schwach entwickelten Wirtschaft und Gesellschaft, aus einer halbfeudalen, halbkolonialen Gesellschaft. Der Sozialismus in China wird deshalb zunächst anders aussehen, als ihn Marx und Engels vorausgesehen haben. Die KP Chinas formuliert, daß es sich um die Anfangsphase des Sozialismus, um einen Sozialismus chinesischer Prägung handelt. Es handelt sich auch nicht um einen Sozialismus, der mit dem in den ehemaligen europäischen sozialistischen Ländern identisch ist. Müssen wir, die deutschen Marxisten, uns nach der schmerzlichen Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und den osteuropäischen Ländern nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß das sozialistische Ideal nicht unbedingt überall so gestaltet werden muß, wie wir uns das bisher vorgestellt haben? Das bedeutet doch keineswegs, sozialismusfremden Vorstellungen zu

folgen. Es sollte genau fixiert werden, welche Grundprinzipien gesichert sein müssen, um den sozialistischen Weg nicht zu verlassen. Die KP Chinas hat diese Prinzipien für sich sehr deutlich und ohne Wenn und Aber formuliert: Das sozialistische Gemeineigentum ist der Hauptbestandteil der Wirtschaft. Die Herrschaft des Volkes, die demokratische Diktatur des Volkes, ist unverzichtbare Bedingung sozialistischer Entwicklung. Der sozialistische Staat muß die substantiellen Bereiche der Wirtschaft in der Hand haben. Die führende Rolle der Kommunistischen Partei darf nicht in Zweifel gezogen werden, denn ein bürgerliches Mehrparteiensystem ist nie in der Lage, die Grundinteressen der werktätigen Klassen, die Interessen der Gesamtgesellschaft einheitlich und kontinuierlich zu vertreten. Die Entscheidung für die sozialistische Gesellschaft muß definitiv sein, nur auf dieser Basis ist es möglich, grundsätzlich die angestrebte und mögliche Lebensqualität des gesamten Volkes als gesellschaftspolitisches Ziel tatsächlich zu verfolgen und schrittweise zu verwirklichen. Demokratie und Recht sind Grundbestandteile der sozialistischen Ordnung, aber sie müssen der allgemeinen Zielstellung dienen. Großkapitalistisches Eigentum negiert Demokratie und Rechte der Nichteigentümer. Das Lebensrecht des Volkes in seiner Gesamtheit ist über das Unrechtsverhalten einzelner zu stellen. Hier liegt das Wesentliche der Menschenrechtsfragen. Wenn einige Leute immer wieder erklären, die KP Chinas solle ihre „Einparteienherrschaft“ aufgeben, sie solle das Staatseigentum abschaffen oder eine umfassende Privatisierung durchführen, so sind deren Absichten unschwer erkennbar.

Die Schaffung sozialistischer gesellschaftlicher Verhältnisse bedarf einer langen Zeit und muß gerade unter den Bedingungen der gleichzeitigen Existenz von Sozialismus und Kapitalismus sehr genau und konsequent konzipiert und realisiert werden. Dies um so mehr, als nach der Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und in Osteuropa diese Fragen wesentlich komplizierter geworden sind. Hinzu kommt, daß sich in den letzten 10 Jahren die internationale Situation keineswegs verbessert hat. Kriege, Konflikte, Machtpolitik und Hegemonismus, internationale Ausplünderung unter der Flagge der Globalisierung sind an der Tagesordnung. Es ist durchaus keine leere Behauptung, daß imperialistische Mächte auch Anstrengungen unternehmen, nicht nur die sozialistische Entwicklung in Kuba rückgängig zu machen, sondern auch China vom sozialistischen Weg abzubringen, um zu verhindern, daß sich dort eine gesellschaftliche Alternative zum heutigen Kapitalismus durchsetzt und voll zum Tragen kommt. Die KP Chi-



nas betrachtet den Kampf gegen den „friedlichen Wandel“ als eine ihrer grundsätzlichen Aufgaben.

In einer Erklärung des Sprechers des Außenministeriums der VR China vom 13. 11. 2001 und einer Dokumentation der „Volkszeitung“ vom 16. 11. 2001 werden terroristische Anschläge in der Nordwestregion des Landes in der Zeit von 1996 und 1997 dargestellt und nachgewiesen, daß die Täter in den Jahren 1995-1997 in Lagern von Bin Laden ausgebildet wurden. Diese Verbrechen wurden zu jener Zeit in den westlichen Medien als Akte des „Freiheitswillens“ und des „Demokratieverlangens“ gepriesen. Derselbe Terrorist, der heute mit einer enormen militärischen Streitmacht (an der sich auch deutsche Soldaten beteiligen) „gesucht“ wird, war zu jenen noch nicht lange zurückliegenden Zeiten Werkzeug imperialistischer Dienste gegen andere Staaten. In einem ND-Artikel zu diesem Thema (1. 12. 01) zieht der Autor den Nachweis der Ausbildung islamistischer Terroristen in Lagern der Al Qaida für den Einsatz in China mit der Formulierung in Zweifel, es handle sich um eine „offizielle Behauptung der chinesischen Regierung“. Er selbst verkündet, ohne sich um einen Beweis dafür zu bemühen, „die Politik Pekings gegen die nicht-chinesische Muslim-Minderheit“ sei „traditionell repressiv geprägt“. Am Rande ist hier nur zu erwähnen, daß das chinesische Volk aus 56 Na-

tionen und Nationalitäten besteht; dazu gehören auch Völkerschaften, die vorwiegend islamischen Glaubens sind wie die Hui, Uiguren, Kasachen, Usbeken, Tadschiken und andere. Sie haben die gleichen Rechte wie die übrigen Nationalitäten in der VR China. Was soll also der Begriff „nicht-chinesisch“? Eine „Muslim-Minderheit“ gibt es in China nicht, ebenso wie es kein Volk der Muslime gibt.

Nochmals zum Problem Sozialismus: Die UZ (30. 11. 01) ließ sich kürzlich zu dem Urteil verleiten, die KP Chinas sei „kaum mehr als dem Namen nach kommunistische Einheitspartei der VR China“. Die KP Chinas hat allerdings niemals den Namen „Kommunistische Einheitspartei der VR China“ getragen. Und ihr die Qualität einer kommunistischen Partei abzusprechen, ist angesichts der historischen Leistungen der chinesischen KP, der Ergebnisse ihres Kampfes und ihrer Arbeit ein Ausdruck von Ignoranz und Arroganz. Bürgerlichen Experten mag man so etwas nachsehen, aber nicht einer Zeitung, die kommunistische Ideen vertritt. In dem gleichen Artikel heißt es an anderer Stelle: „Die ländlichen Armen produzieren jedoch bisher immerhin 97 % des gesamten Lebensmittelbedarfs in der Volksrepublik.“ Wer sich einmal in China mit offenen Augen umgesehen hat, dem wird es niemals einfallen, die gesamte Landbevölkerung als die „ländlichen Armen“ zu bezeichnen. Hier

wird einfach die Unwahrheit gesagt. China ernährt 23 % der Weltbevölkerung. Man stelle sich die Folgen vor, wenn das nicht gesichert wäre. Die allgemein anerkannte erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in China hat nicht zuletzt der Landbevölkerung eine wesentliche Verbesserung ihres Lebens gebracht. Niemand in China negiert aber auch das Vorhandensein großer Probleme und ungelöster Fragen, auch negativer Begleiterscheinungen und Aspekte der Reformen. Es wäre auch nicht realistisch, zu übersehen, daß die Entwicklung in China mit Risiken behaftet ist. Daraus aber eine Abwendung von der sozialistischen Zielstellung zu machen, wird der Realität nicht gerecht.

Bei der Beurteilung der Dinge in China ist es, wie generell, unumgänglich, sachlich, exakt, objektiv, wahrheitsgetreu, verantwortungsvoll und mit Blick auf das Ganze zu urteilen. Falschaussagen über andere Länder sollten ebenso unterbleiben, wie über sich selbst, auch wenn sie mit der herrschenden bürgerlichen Meinung in unserem Lande, die oft fälschlich als Zeitgeist bezeichnet wird, übereinstimmen. Man kommt dabei auch schnell in den Verdacht, sich selbst schöner erscheinen zu lassen, wenn man andere verunglimpft. Doch auf Dauer ist eine solche Methode wenig wirksam. **Rolf Berthold**

*Unser Autor war DDR-Botschafter in der VR China*

## Mit Flammenwerfern und Gasbomben gegen politische Gefangene

# Massaker in der Türkei

Seit dem 20. Oktober 2000 führen politische Gefangene und einige ihrer Angehörigen ein Todesfasten gegen die neu eingeführten Isolationsgefängnisse vom Typ F und die menschenunwürdigen Bedingungen in der Türkei durch. Die Antwort Ankaras auf die legitimen Forderungen war eine Reihe von Massakern. Vom 19. bis 22. Dezember 2000 stürmten türkische Spezialeinheiten aus Polizei und Militär 20 Gefängnisse, in denen sich politische Gefangene am 60. Tag ihres Widerstandes befanden. Bei diesen bis zu vier Tagen dauernden Kämpfen wurden seitens der Sicherheitskräfte Brand- und Gasbomben, Flammenwerfer, automatische Waffen und verschiedenste chemische Kampfstoffe eingesetzt. Insgesamt ermordeten die türkischen Staatsterroristen bei diesem Angriff 28 Gefangene. Die darauffolgende Autopsie ergab, daß die Ermordeten Brandwunden von Chemiewaffen unbekannter Art aufwiesen, welche Löcher in die Haut sengten, ohne die Kleidung zu beschädigen. Die Überlebenden dieses Massakers wurden entweder in F-Typ-Gefängnisse oder in Militärlazarette zur Zwangsernährung transportiert.

Auch außerhalb der Gefängnisse versuchte die türkische Regierung den Widerstand unter Anwendung brutalster Gewalt zu beenden. In Küçük Armutlu, einem Stadtteil Istanbuls, schlossen sich kurzfristig ehema-

lige Gefangene und Angehörige noch Inhaftierter zusammen, um gemeinsam ein Todesfasten zur Unterstützung der Forderungen der politischen Häftlinge durchzuführen. Die Polizei umstellte den Stadtteil und riegelte ihn ab. Alle Menschen, die ihn betreten oder verlassen wollten, wurden kontrolliert. Trotz des Versprechens des Istanbuler Polizeichefs, die dort befindlichen Todesfastenden nicht anzugreifen, kam es zu einem neuerlichen Massaker.

Am 5. und am 11. November 2001 attackierten Spezialeinheiten aus Polizisten und Soldaten Küçük Armutlu ein weiteres Mal. Augenzeugen berichteten, daß sie dabei mit Räumpanzern, Flammenwerfern, scharfer Munition und Gasbomben, deren Dämpfe minutenlanges Erbrechen zur Folge hatten, voringen. Vier Menschen wurden von den Sicherheitskräften ermordet. Die überlebenden Todesfastenden führte man ab. Nach anfänglichem Leugnen mußte selbst der Polizeipräsident von Istanbul aufgrund der Autopsieergebnisse zugeben, man habe scharfe Munition benutzt. Bei dem Angriff wurden etliche Wohnhäuser bombardiert und zerstört. Das ganze Viertel hatte man erneut eingekesselt. Die Polizei verlegte die örtliche Busstation aus dem Stadtteil, so daß alle Einwohner beim Hinein- und Hinausgehen die Sperren der Beamten passieren mußten.

Das Haus einer Familie wurde in eine Polizeistation verwandelt, die Bewohner vertrieben man. Auf zahlreichen Dächern postierte man Scharfschützen. Willkürliche Haussuchungen sind an der Tagesordnung. Sowohl Anwälten als auch den Medien ist der Zutritt nach Küçük Armutlu, das einem großen Gefängnis gleicht, verwehrt.

Auch in der Türkei werden die Ereignisse vom 11. September 2001 als Vorwand benutzt, um die Repression gegen fortschrittliche Kräfte noch weiter zu verschärfen. Der türkische Staat verabschiedete eigens neue Gesetze, die keinerlei Rechtsstaatlichkeit mehr vorgaukeln. Eines sieht vor, daß allein die öffentliche Unterstützung des Todesfastens mit bis zu 20 Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Inzwischen sind über 80 Menschen entweder von Sicherheitskräften ermordet worden oder an den Folgen ihres Todesfastenwiderstandes gestorben. Ankara ist zu keinerlei Verhandlungen bereit. Die Europäische Union unterstützt die türkische Regierung.

Doch der Kampf der Gefangenen und ihrer Angehörigen geht weiter. Sie sagen, daß sie vor den faschistischen Methoden des Regimes niemals kapitulieren werden.

**R. F.** (auf der Grundlage eines Materials von *Prison Watch International*)

## Zu Platz und Rolle Israels im Weltherrschaftskonzept der USA

# Ausgangsbasis für Offensivpläne

Der israelisch-palästinensische Konflikt eskaliert. Wie weiter im Rahmen der von Washington angestrebten Neuen Weltordnung? Nahost erweckt nicht zuletzt in diesem Zusammenhang besondere Sorgen. Zwar ist das den USA verbundene Israel noch territorial klein, jedoch liegt es an einem archimedisch-dynamischen Welthebel. Europa, Asien und Afrika treffen in seinem Umkreis aufeinander. Finanziell von den Vereinigten Staaten auffallend stark gefördert, auch von der BRD, hat der zionistische Staat eine hoch-effiziente Elektronikindustrie aus dem Boden gestampft und eine maximal schlagkräftige Armee geschaffen. Damit steht dort für Offensivpläne der neuen Superweltmacht in Richtung Nordwest, Fernost und auch Süd eine unverzichtbare, rückendeckende Ausgangsbasis bereit.

Bei Gründung Israels vor mehr als einem halben Jahrhundert sind schon zum Auftakt Hunderttausende Einheimische vertrieben worden. Versuche, die Invasoren mit unterlegenem arabischen Militär zu stoppen, scheiterten. Schritt für Schritt ging Israel nun zu weiterer Aneignung fremder Gebiete über, wobei verbliebene alteingesessene Muslime ausgegrenzt wurden. Das alles unter Bruch von UN-Beschlüssen. Die entsprechenden Territorien wurden von einer Vielzahl untereinander durch Straßen vernetzter Wehrsiedlungen verbunden. Dadurch ist das Land der Palästinenser zerstückelt und von Strangulation bedroht.

Jetzt dringen israelische Panzereinheiten luftgestützt tief in arabisches Restland vor.

Auf Fernsehschirmen kann weltweit beobachtet werden, wie schwerbewaffnete Verbände der Armee Israels gegen vornehmlich junge steinwerfende Zivilisten schießend einschreiten. Blutiger diktatorischer Kolonialismus nach außen, während zugleich im Innern des zionistischen Staates als Demokratie bezeichneter großbürgerlicher Parlamentarismus die Regel ist. Wohnhäuser werden gesprengt, Olivenhaine abgeholzt, Ortschaften von Hubschraubern aus bombardiert, vorgebliche Gegner gezielt exekutiert. Als Jude empfinde ich darob tiefe Scham. In ihrer machtlosen Verzweiflung begehen einzelne Palästinenser im Unterdrückerstaat inmitten von Menschenansammlungen Selbstmordattentate. USA-Präsident Bush hat die darauf folgenden rechtswidrigen Rachebombardements dichtbesiedelter palästinensischer Viertel ausdrücklich gutgeheißen. Dieser sich christlich Gebende betrachtet ebenso wie frömmelnde Juden das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten!“ als einen Fetzen Papier. Also weitermorden! Das Töten geschieht in Wellen. Zwischengeschaltet werden zur Ablenkung der Weltöffentlichkeit Illusionen erweckende Lösungsvorschläge, aus denen nichts wird, oder die bei scheinbarem Einverständnis nicht eingehalten werden. Angesichts solcher Vernebelungstaktik kommt es darauf an, sich nicht durch Lawinen kaum durchschaubarer Zweckmeldungen in die Irre führen zu lassen. Es gilt sich an überprüfbare Grundtatsachen zu halten. Dazu gerafft folgendes:

1. Man sollte nie vergessen, daß Israels zionistische Staatsdoktrin großbürgerlicher jüdischer Nationalismus in Reinkultur ist. Kernaussage: auf fremdem Boden einen eigenen Staat errichten. Dazu wurde das seit Jahrtausenden von Arabern besiedelte große Gebiet zwischen Ägypten und Mesopotamien erwählt. Ziel war und bleibt die allmähliche Einnahme des gesamten betreffenden Territoriums, das als Erez Israel bezeichnet wird. Der israelische Historiker Prof. Mosche Zimmermann präzisiert (ND 22./23. 12. 2001): „Letztlich ist die Stimmung im Lande mehr rechts. Rechts bedeutet in Israel, daß man gegenüber Palästinensern nicht nachgiebig ist. Daß man das, was man ganz Israel nennt, für eine Selbstverständlichkeit hält.“ Als kleinere Ausgangsposition dazu liegt in der Mitte von Erez, wie es im zionistischen „Philo-Lexikon“ (S. 429/430, 4. Auflage) heißt, „Palästina eingeeengt“. Die unverzichtbare Expansion von dort aus ist logischerweise nur durch Verdrängung weiterer moslemischer Ureinwohner zu erreichen.

2. Die Ausarbeitung der zionistischen Doktrin, Ende des 19. Jahrhunderts, fiel in die Zeit des Beginns der imperialistischen Ära des Kapitalismus. Diese wurde befördert durch extreme Zunahme der Produktivkräfte, Finanzentwicklung und Machtkonzentrationen. Es folgten zwei Weltkriege. Gegen Ende des ersten kam es zur sozialistischen Oktoberrevolution. Nach jahrzehntelangem imperialen Kampf gegen die Arbeitermacht kostete der menscheitsrettende Sieg über den Nazifaschismus die UdSSR 26 Millionen Menschenleben. Sie blieb anfangs tief erschöpft zurück und erlag nach einem ermutigendem Aufschwung später Zersetzungs- und Stagnationsprozessen sowie verräterischen Machenschaften. Die USA konnten nun als alleinverbleibende Supermacht die Weltherrschaft anpeilen. Erste Schritte waren entsprechende Vorstöße gen Osten (u. a. Irak, Jugoslawien, Afghanistan).

Auf längere Sicht werden Washington ungeachtet heutiger Freundschaftsbeteuerungen die Atommächte Rußland und Volkschina als Haupthindernisse auf dem Weg zu weltweiter Vorherrschaft ins Visier geraten. Der SPIEGEL fragte kürzlich (Nr. 46) den USA-Strategieplaner Zbigniew Brzezinski: „Wer wird der nächste Feind ...?“ Dieser antwortete: ... „Eine neue schrecklicherere Bedrohung“ als der 11. September. „Sie sprechen von Massenvernichtungswaffen ...?“ Darauf Brzezinski: „Richtig“. Just zu diesem Zeitpunkt hatte USA-Präsident Bush einseitig den ABM-Vertrag gekündigt, der – Weltkonflikten vorbeugend – Sternenkriegsvorbereitungen ausgeschlossen hatte. Der SPIEGEL schlußfolgte nach dem „Sieg in Afghanistan“ in seiner Jahresendnummer: „Washington träumt von einem neuen Empire.“ Dazu also weltweite Militärpräsenz von Europa über Israel bis Fernost. Eine neuimperiale Weltordnung wird angestrebt, ein USA-Weltreich, die absolute Vormacht der Vereinigten Staaten. Noch einmal der SPIEGEL: „Eine auf Dauer konfliktreiche Welt.“

An einvernehmliche Lösungen in Nahost kann also nicht gedacht werden. Die palästinensischen Befreiungskämpfer werden Täler des Leidens durchschreiten müssen. Doch längerfristig bleibt nichts wie es ist. Wo auch immer, wir oder ähnlich gesinnte Nachfahren werden weltweit prinzipielle Veränderungen erkämpfen müssen. Erfolg wird letztlich nicht ausbleiben. Vorerst aber muß leider dem Konzernorgan „FAZ“ recht gegeben werden, das am Weihnachtsvorabend unter der Schlagzeile „Keine Entwarnung“ schrieb: „Auch das Jahr 2002 wird ein Kriegsjahr sein.“ Auf entgegengesetzter Seite urteilte der Veteran des linken Flügels der britischen Labour Party Tony Benn im ND: „Dies ist der gefährlichste Augenblick für die Menschheit, den ich je erlebt habe.“

Fritz Teppich



Wie „Solidaire“, Brüssel den israelischen Scharfmacher Sharon sieht.

**USA-Klassenjustiz verurteilt fünf kubanische Patrioten**

# Die Helden von Miami

Im Dezember 2001 hat USA-Bundesrichterin Joan Lenard das Strafmaß über fünf Mitarbeiter der kubanischen Sicherheitsorgane verhängt, die am 8. Juni wegen ihres Einsatzes gegen die antikommunistischen Mafia-Banden in Miami durch eine manipulierte und fehlgeleitete Geschworenengjury schuldig gesprochen worden waren. Das härteste Urteil traf Gerardo Hernández, der zweimal lebenslanglich erhielt.

Der Fall der fünf kubanischen politischen Gefangenen, die sich seit Jahren unter unmenschlichen Bedingungen in USA-Haft befinden, hat damit eine weitere Verschärfung erfahren.

Gerardo Hernández, Ramón Labañino, Antonio Guerrero, René González und Fernando González wurden vom FBI festgenommen und der Spionage bezichtigt, weil sie im Auftrag Havannas die rechtsradikalen Banden antikubanischer Terroristen in Miami erkundeten, die seit 43 Jahren ungehindert von Florida aus gegen die sozialistische Inselrepublik operieren. Im September 1998 verhaftet und in winzige Isolierzellen geworfen, blieben die fünf Kubaner ihrer Heimat treu. In Kuba, wo sie die Menschen nur beim Vornamen nennen, gelten sie als Helden. Seit dem Schuldspruch im Juni ist ihre Freilassung



auf wöchentlich stattfindenden Massenkundgebungen gefordert worden.

Die besondere Wut der USA-Strafverfolgungsorgane und der exilkubanischen Mafia in Miami richtet sich gegen Hernández, dem „Verschwörung zu Spionage und Mord“ unterstellt wird. Er war in die berühmte Fliegerstaffel der „Brothers to the Rescue“ eingedrungen, die unzählige Male den kubanischen Luftraum zum Abwurf von Flugblättern und anderem Diversionsmaterial verletzt hatte. Ungeachtet zahlreicher Warnungen der kubanischen Regierung unternahmen die konterrevolutionären Luftpiraten immer neue Flüge. Im Februar 1996

waren vier Piloten bei einer neuerlichen Aktion abgeschossen worden. Da die „Brüder“ dabei den Tod gefunden hatten, wurde Hernández beschuldigt, er habe den geplanten Flug zuvor an die kubanischen Sicherheitsorgane gemeldet und sich dadurch der „Beihilfe zum Mord“ schuldig gemacht.

Demgegenüber forderte die Verteidigung der Angeklagten, den Umstand in Betracht zu ziehen, daß ihre Mandanten im Sinne des amerikanischen Strafrechts gehandelt hätten, um „größeren Schaden abzuwenden“. Dieser drohe Kuba durch das Wirken der CIA-gelenkten Anti-Castro-Kräfte in Miami. Schon am 6. Oktober 1976 hatten diese durch einen Bombenanschlag den Absturz einer kubanischen Passagiermaschine herbeigeführt, der 73 Zivilisten in den Tod riß. Der Attentäter Orlando Bosch lebt nach zeitweiliger Strafverbüßung aufgrund eines Gnadenerlasses von Präsident George Bush senior seit 1990 als freier Mann in Miami. Leute dieses Schlages waren von den fünf Patrioten im Auge behalten worden.

Vor Gericht bewiesen die Angeklagten Mut und Festigkeit. Sie erklärten, nichts zu bedauern und in ihrem Glauben an die Revolution unerschüttert zu sein. **R. F.**

Wieder hat uns ein schwerer Schlag getroffen. Der bedeutende proletarische Publizist Rolf Vellay – der „Bergmann aus Datteln“, wie er sich selbst immer vorstellte – ist kurz vor Weihnachten 74jährig einem Krebsleiden erlegen. Nach dem Tode Karl-Eduard von Schnitzlers hat die „RotFuchs“-Redaktion nun den zweiten unverwechselbaren Schreiber verloren. Rolf Vellay, der aus großbürgerlich-adligem Hause stammte und nach dem Studium der Journalistik – inzwischen Kommunist geworden – jahrzehntelang in einen Ruhrgebietsschacht als Kumpel einführte, um das Leben der Arbeiter teilen und beurteilen zu können, war nicht nur ein Meister der Sprache und der farbigen Schilderung, sondern auch ein ganz ungewöhnlicher Mensch. Wer ihn erlebt hat oder sich gar seinen Freund nennen durfte, stand bald im Banne der Erzählfähigkeit dieses Mannes, seines beeindruckenden Engagements, seiner menschlichen Wärme.



Rolf, der unter Adenauer verfolgt und eingekerkert wurde, blieb als gebildeter Marxist-Leninist der Sache des Kommunismus treu, auch wenn er sich 1968 dafür entschied, den Kampf für die Aufhebung des KPD-Verbots ohne Parteizugehörigkeit fortzusetzen. Seine Veröffentlichungen zu theoretischen Fragen zeugten von Talent, Weitsicht und

**Ein tapferer Mensch und standhafter Kommunist**

## Trauer um Rolf Vellay

Strahlkraft. Aus seiner Feder stammt die schon 1989 – als andere noch den „Erneuerern“ in Moskau jubelten – geschriebene erste geharnischte Abrechnung mit Gorbatschow. Wir haben Rolf auch aus vielen Artikeln im „RotFuchs“ – so seinen glänzenden Reportagen aus Chile und dem bewegenden Bericht über seinen Schmerz während der Konterrevolution zur Zerschlagung der DDR – in lebhafter Erinnerung. Seine Beiträge gehörten zu dem Besten, was wir gedruckt haben. Darunter auch sein letzter Report über die Verwandlung Ostdeutschlands in eine verödete Kolonie der BRD. Schon schwerkrank, hatte er nur noch die

FAZ, die er täglich verfolgte, um den Positionen des deutschen Monopolkapitals auf die Spur zu kommen, und den Deutschlandfunk, dessen Sendungen er aus gleichem Grunde ständig hörte, zur Verfügung. Wie er die „Informationen“ aus diesen trüben Quellen in wertvolle Artikel unserer Sicht verwandelte, war großer Journalismus.

Wir trauern um einen Genossen, der dieses Namens würdig gewesen ist. Um einen standhaften Kommunisten, der es sich mit der Bewegung nie leicht machte, Konflikte hartnäckig ausfocht und die Klinge zu kreuzen verstand, wenn es darauf ankam; der seine Sache mit Leidenschaft und manchmal auch mit Zorn verteidigte.

Wir trauern um einen Menschen, der im besten ethischen Sinne sein Antlitz gewahrt hat. Nicht alle haben Rolf Vellay immer gleich verstanden und so gewogen, wie er gewogen werden mußte: ein Schwergewicht des Humanismus und der Revolution. Als Kämpfer, Kämpfer und Tribun wird er in unserer Erinnerung weiterleben.

**Klaus Steiniger**

### Für Rolf

Wie fahl der Mond im Himmel klebt!  
Es scheint,  
als sei er solidarisch Dir verblichen,  
alle Farbe aus der Welt entwichen  
und jede Kreatur am Trauerflore webt

Du tatest fast mehr als Du konntest  
und gabst so manches auf den Weg.

Zum Beispiel:  
Niemand bricht der Menschenfeinde Macht,  
der nicht auch lacht.

IRIS RUDOLPH (27. 12. 2001)

## ¡Presente!

■ Heute ist (um Armin Stolpers schönen Titel aufzugreifen) an vier „rote Hunderter“ zu erinnern: an Nazim Hikmet, Alexander Stenbock-Fermor, Langston Hughes und Michael Tschesno-Hell.

*Leben  
einzeln und frei  
wie ein Baum  
und brüderlich  
wie ein Wald  
ist unsere Sehnsucht*

■ **Nazim Hikmet**, dem wir diese Zeilen verdanken, wurde am 20. Januar 1902 in Saloniki geboren, er starb am 3. Juni 1963 in Moskau. Der türkische Lyriker und Dramatiker verließ 1921 Istanbul, um am Befreiungskampf in Anatolien teilzunehmen, studierte 1922/24 in Moskau, wurde Mitglied der KPT, leitete die revolutionäre Tätigkeit in Izmir (1925), kehrte in die Sowjetunion zurück (1925/28); 1928/30 war er in Istanbul Mitarbeiter einer Zeitschrift, verbüßte wegen seiner politischen Tätigkeit 1933/34 eine Gefängnisstrafe, wurde 1937 erneut verhaftet und 1938 zu 28 Jahren Gefängnis verurteilt; 1950 kam er nach einem Hungerstreik und internationalem Protest frei. 1951 emigrierte er aus der Türkei und lebte bis zu seinem Tode in der UdSSR. Hikmet war Mitglied des Weltfriedensrates.

In seinen frühen Gedichten gab Hikmet seiner Begeisterung über die Oktoberrevolution und seiner Hoffnung auf weitere Revolutionen Ausdruck. Die Frage, wie die Kunst ihrer Aufgabe, die Welt verändern zu helfen, gerecht werden kann, beschäftigte Hikmet sein ganzes Leben. Die Gefängnisjahre bedeuten einen Umschwung in seinem Schaffen: An die Stelle des Verkündens von Wahrheit tritt das komplizierte, doch optimistische Suchen nach ihr. Häufig greift Hikmet auch auf Märchenmotive oder historische Stoffe zurück („Legende von der Liebe“, dt. 1956). Zur Funktion der Kunst schrieb der Schriftsteller einmal: „Seitdem ich Kommunist geworden bin, erwarte und verlange ich von den Künsten, daß sie dem Volke dienen und das Volk zu schöneren Tagen aufrufen. Daß sie sich zum Sprachrohr des Volkes und seiner Leiden, seines Zornes, seiner Hoffnung, seiner Freude und seiner Sehnsucht machen.“

### BUCHTIPS:

*Und im Licht mein Herz*, Gedichte. Rütten & Loening, Berlin 1971 u. 1981.

*Nazim Hikmet*. Herausgegeben vom Türkenszentrum Berlin (West), 1977 u. 1982 (großformatiger Bild-Text-Band)

■ **Alexander Graf von Stenbock-Fermor** (geboren am 30.1.1902 in Mitau [Livland], gestorben am 8.5.1972) wanderte 1920 nach

Deutschland aus, arbeitete als Kumpel im Ruhrgebiet und schrieb den Bericht „Meine Erlebnisse als Bergarbeiter“ (1928), ferner u. a. die Reportage „Deutschland von unten“ (1931). Nachdem Stenbock-Fermor von utopisch-sozialistischen Ideen zum Marxismus gefunden hatte, stand er als Leiter des Scheringer-Komitees und als Mitkämpfer der Gruppe „Revolutionäre Arbeiter und Soldaten“ im antifaschistischen Widerstandskampf. Nach 1945 war er Oberbürgermeister von Neustrelitz, seit 1947 vorwiegend als Drehbuchautor für Film (u. a. „Grube Morgenrot“, 1948; „Semmelweis - Retter der Mütter“, 1950; „Das Fräulein von Scuderi“, 1955; „Tilman Riemenschneider“, 1958; „Der schweigende Stern“, 1959; „Mord ohne Sühne“, 1962) und Fernsehen tätig („Mord an Rathenau“, 1961). 1973 erschien seine Autobiographie „Der rote Graf“.

■ Am 1. Februar wäre auch der nordamerikanische Schriftsteller **James Langston Hughes** (er starb am 23. Mai 1967) 100 Jahre alt geworden. Hughes hatte sich zu einem der bedeutendsten afroamerikanischen Dichter der neueren Zeit entwickelt und schrieb vor allem in den 20er und 30er Jahren revolutionäre und volksverbundene Gedichte im Blues- und Jazz-Rhythmus. Er verfaßte Agitstücke, proletarische Einakter und Dramen, in denen er kritisch das Verhältnis zwischen Schwarzen und Weißen in den Südstaaten darstellt, und war Direktor des einzigen afroamerikanischen Arbeitertheaters in New York. 1937 ging er als Reporter nach Spanien und schilderte in Artikeln und Gedichten den gemeinsamen Kampf von Schwarzen und Weißen gegen den Faschismus. Hughes schrieb Romane, Kurzschichten, Biographien, Jugendbücher (so etwa „Das Buch vom Jazz“, dt. 1956 und 1965) und gab Anthologien zur Dichtung und Folklore der Schwarzen heraus.

■ Noch nicht zu den „Hundertern“ zählend und glücklicherweise noch tatsächlich anwesend (presente) ist der Filmdokumentarist **Karl Gass**. Er feiert am 2. Februar seinen 85. Geburtstag, wozu wir von Herzen gratulieren! Gass wurde 1917 in Mannheim geboren. Er studierte nach einem kaufmännischen Volontariat Betriebs- und Volkswirtschaft in Köln. Nach dem Krieg und nach britischer Kriegsgefangenschaft wurde er Ende 1945 Wirtschaftsredakteur beim NWDR in Köln. Nach antikommunistischen Angriffen gegen seine politische Haltung siedelte er 1948 nach Berlin über. Gass wurde Leiter der Wirtschaftsredaktion, Kommentator und Reporter beim Berliner Rundfunk, später Texter und Autor für Dokumentarfilme und die Wochenschau „Der Augenzeuge“, Regisseur im DEFA-Studio für Wochenschau und Dokumentarfilme; Leiter der Regieklasse für Dokfilme, Gastdozent an der Hochschule für Filmkunst in Babelsberg; Mitbegründer der

Internationalen Leipziger Dok- u. Kurzfilmwoche. In seinen Dokumentarfilmen führte Gass die parteiiche Auseinandersetzung mit geschichtlichen und politischen Ereignissen: Der Weg nach oben (1950), Schaut auf diese Stadt! [Westberlin] (1962), Revolution am Telefon [20. Juli 44] (1964), Vorwärts die Zeit! [Ernst Busch] (1968), Der Leutnant von Ulm [Richard Scheringer] (1979), 2 Tage im August [Hiroshima, Nagasaki] (1981), (1982), Das Jahr 1945 (1984) oder Jeder konnte es sehen [Verfolgung der Juden im faschistischen Deutschland] (1988). Teilweise sind diese Filme z. Zt. als Video erhältlich.

■ Ebenfalls auf dem Gebiet der Filmkunst (die nicht nur nach Lenins Ansicht „von allen Künsten für uns die wichtigste“ ist) war **Michael Tschesno-Hell** tätig. Er lebte vom 17. Februar 1902 bis zum 24. Februar 1980. Der Filmautor wurde in Wilna geboren. Er trat 1922 in die KPD ein, war Werkstudent und arbeitete in der kommunistischen Presse mit; ferner war er tätig als Übersetzer, Landarbeiter, Dreher, Lektor; Mitglied des BPRS (Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller); während des Faschismus Emigration nach Frankreich, in die Niederlande und die Schweiz; 1945 Rückkehr nach Deutschland; 1947 Mitbegründer des Verlags Volk und Welt und einige Jahre dessen Leiter.

Tschesno-Hells unvergessene Leistung liegt vor allem auf dem Gebiet des politisch engagierten Films. Das zusammen mit Willi Bredel verfaßte 2teilige Filmszenarium „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“ (1954) und „Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse“ (1955) war ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des revolutionären historischen Films in der DDR. Beide Filme sind inzwischen wieder in guten Videokopien erhältlich und finden zu Recht immer wieder neue, auch jüngere Freunde. Mit der satirischen Filmkomödie „Der Hauptmann von Köln“ (1956) zielte Tschesno-Hell auf die Entlarvung des westdeutschen Militarismus. Den Kampf der deutschen Arbeiterklasse hat er an Episoden aus dem Leben Karl Liebknechts in den Filmen „Solange Leben in mir ist“ (1966) und „Trotz alledem“ (1972) gestaltet. Auch diese beiden Filme sind erhältlich und in der politischen Bildungsarbeit nach wie vor unverzichtbar. Zu nennen ist ferner der Fernsehfilm „Die Mutter und das Schweigen“ (1965) über den heldenhaften antifaschistischen Widerstandskampf einer Arbeiterfrau. Die Filmerzählung „Der Maler mit dem Stern“ (1969) stellt das kämpferische Leben des 1945 von den Faschisten hingerichteten Malers Alfred Frank dar (siehe auch RotFuchs Nr. 3, S. 11).

Weitere Werke u. a.: Rußland antwortet (1949); Mit deutschen Augen gesehen (1952, Anthologie von Sowjetunion-Reportagen); Neue deutsche Erzähler (1952, Hrsg.); Das neue Profil (1953, Hrsg.) **W. M.**

**Auf den Schultern von Marx**

# Goldkörner

Mit der ihm eigenen Ader heiterer Unbekümmertheit rückt **Dr. Gerhard Branstner** gleich allen Plagen der Menschheit auf einmal zu Leibe. Verblüfft über derlei Souveränität, suchen wir im Geröll der schweren Brocken unverdrossen nach Goldstaub und finden ihn – wie immer bei Branstner. In seiner „Blütenlese“, die er maßvoll „Die neue Weltofferte“ mit dem Zusatz „Was Marx nicht wußte“ (aber Branstner weiß) nennt, wird Bekanntes aus der Feder des Ostberliner Schriftstellers und Philosophen neu angerichtet. Der Autor ist ein Meister im Wiederarrangieren von bereits Gelesenem. Hier sind etliche kluge Aphorismen zu entdecken, deretwegen wir dem widersprüchlichen und auf Widerspruch lauernenden Verfasser des Werkes, der – wie wir wissen – ein Faible für den „RotFuchs“ hat, ihn bisweilen aber auch zum Gegenstand pauschaler Schelte macht, gerne Abbitte tun. Wo Branstner nicht irrt ... möchte man das folgende überschreiben. Hier eine Auswahl des genüßlich genießbaren Teils seiner Texte.

*Wir alle sind gegen Marx nur Zwerge. Aber der Zwerg auf den Schultern eines Riesen steht höher und sieht weiter als der Riese. Das ist keine Frage. Aber eine Frage bleibt immerhin: Wie ist der Zwerg da hinauf gekommen?*

*Der Marxismus ist eine Wissenschaft und zwar die einzige in bezug auf seinen Gegenstand. So wenig es zwei Physiken gibt oder*

*fünf Mathematiken oder siebenundzwanzig Philologien, so wenig gibt es mehrere Wissenschaften, betreffend die allgemeinen, wesentlichen Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft. Andererseits kennt jede Wissenschaft verschiedene Schulen, heftige Streite und eklatante Irrtümer, ruhige und sprunghafte Entwicklungen, Seiteneinsteiger, dumme und kluge Bekämpfungen und Abwehrkämpfe. Der Marxismus ist eine Wissenschaft wie jede andere.*

*Der Marxismus kann nicht widerlegt, er kann nur fortgesetzt werden.*

*Eine allen verständliche und zugängliche Information über die Moral der Niederlage des Sozialismus wäre das mindeste. Und wenn sie nur erklärt und glaubhaft machte, daß ein Scheitern des ersten Versuchs nicht ein Scheitern des Sozialismus überhaupt ist. Wenn ein Kind bei seinen ersten Schritten ins Leben hinfällt, kann man sagen, es ist gefallen, aber die tiefere Wahrheit ist, daß es das Laufen lernt. Statt zu sagen, daß der Sozialismus gescheitert ist, sollten wir also besser sagen, daß die eigentliche Revolution das Laufen lernt.*

*Klassengesellschaft bedeutet: Dreitausend Jahre moralische Verderbnis des Menschen, z. B., daß er als Ausgebeuteter an der Ausbeutung der Dritten Welt teilhat oder in Kriegen zum Mörder Unschuldiger wird oder ohne Unrechtsbewußtsein Massenmörder zu Präsidenten wählt. Diese Verderbnis kann nur in einem historisch langdauernden Übergang überwunden werden.*

*Der Übergang zur eigentlichen Geschichte ist nicht nur die totale Umwälzung aller Vorgeschichte. Die Größe der Umwälzungen, die widerspruchsvolle Vielfalt und Vielschichtigkeit bringt auch eine Vielfalt von Irrungen mit sich. Dem Irrtum nach der einen Seite folgt gewöhnlich der Irrtum nach der anderen Seite, dem nach vorn, der nach hinten. Der Irrtum ist der Umweg der Geschichte. Und die Geschichte liebt die Umwege. Aber ebenso gilt: Der Irrtum ist der Pionier der Wahrheit.*

*Auch wenn der Sozialismus heute und morgen nicht möglich ist, so ist er doch heute und morgen nötig, denn jeder Tag ist ein Tag mehr Unheil und Verlust.*

*Jedenfalls kommt der Sozialismus früher als das Jüngste Gericht.*

*Der Weg zum Sozialismus hat (im Unterschied zum Sozialismus selbst) keine gesetzmäßige Vorhersehbarkeit. Alle Aussagen darüber sind reine Spekulation.*

*Reformisten sind die Madenhacker des Kapitalismus.*

*Keine sozialistische (kommunistische) Partei ist der Verbürgerlichung entgangen; und damit den verhängnisvollen Folgen der Verbürgerlichung, weder die KPdSU noch die SED oder die KP Frankreichs noch irgendeine andere Partei. Insbesondere nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems hat der Prozeß der Verbürgerlichung zugenommen.*

*Die Arbeiterklasse ist der Totengräber des Kapitalismus. Erst einmal aber ist sie das Produkt des Kapitalismus. Es gab keine unbefleckte Empfängnis und keine unbefleckte Geburt. Und keine unbefleckte Entwicklung im Kapitalismus und gegen den Kapitalismus. Alle Idealisierungen der Arbeiterklasse widersprechen der Wirklichkeit.*

*Die Arbeiterklasse ist nur unter revolutionären Bedingungen revolutionär. Die Zuspitzung der letzten Krise des Kapitalismus schafft diese Bedingungen.*

*Wenn es im Kapitalismus einen Rechtsstaat gäbe, gäbe es keinen Kapitalismus mehr. Er wäre, als verbrecherisches System überführt, längst zum Tode verurteilt worden.*

*Die Frage, kam der Sozialismus in Rußland zu früh oder wäre er woanders glücklicher gewesen, ist klar beantwortbar: Der Sozialismus ist bei den ersten Versuchen nie reif, er kommt immer zu früh. Deshalb braucht er mehrere Anläufe, und welcher der glückliche ist, kann vorher keiner sagen. Jedenfalls sollte man dem Land oder den Ländern, die nach der dummerweise ungeplanten Niederlage als erste wieder den Sozialismus wagen, Rabatt einräumen.*

*Wenn wir das bisherige Bild von unserer Geschichte um- und umschütteln und unsere kurzsichtigen Vorstellungen von der sozialistischen Weltrevolution verwerfen, kann uns das in die tiefste Verwirrung stürzen. In Wahrheit verwerfen wir nur schematische Geschichtsbilder und unhaltbare Illusionen. Dafür gewinnen wir wirkliche historische Sicherheit. Wenn auch in anderen, eben historischen Dimensionen. Wir können uns endlich und endgültig unseres Ortes in der Geschichte sicher sein.*

*Die ernstesten Zeiten bedürfen der größten Heiterkeit. Das ist eine paradoxe Forderung. Oder vielmehr eine dialektische.*

**ERICH KÖHLER**

## Zu LENIN

**Du willst wissen, wer war denn nun Lenin. Bergsteiger haben in Tadschikistan sein Bildnis auf über siebentausend Meter gehoben. Steige empor schau es Dir an. Die Büste ist oben. Nur steige noch heute. Morgen schon schwebt man ganz nach Belieben am Seil in bequemen Sitzen, elektrisch betrieben, zu andächtigem Wandeln vor edel geformtem Metall hinauf zu den höchsten Spitzen unter dem All. Die Eisgipfel schweigen. Und Lenin? Zu Lenin führt keine Gondel. Du mußt steigen. Steigen mußt Du. Steigen.**

## Leserbriefe an RotFuchs

Ich habe keine Probleme, Eure 11 Forderungen zu unterschreiben. Ob mir die eine oder andere Formulierung gefällt, ob ich finde, daß das eine oder andere vergessen wurde ..., erscheint mir nicht wichtig zu sein. Auf Kleinigkeiten kommt es nicht an.

Hätte ich jedoch Probleme mit allen wesentlichen Inhalten Eurer Thesen – ich würde sie gleichwohl unterschreiben, denn es ist wichtig und richtig ..., sie erneut und überarbeitet zur Diskussion zu stellen. Die kommunistische Bewegung ... hat Erörterungsbedarf. Davon, wie sie die Diskussion führt, und davon, wohin diese führen wird, hängt ab, ob sie als wahrnehmbare Kraft überlebt oder nicht. Insofern sind Eure Thesen Teil der Antwort auf die Frage von Georg Fülberth, welchen Weg insbesondere die DKP gehen soll. „Erstens: Sie kann sich als eine revolutionäre und antikapitalistische Partei in einer Zeit ohne aktuelle revolutionäre Perspektive und in einer Periode des kraftstrotzenden Kapitalismus profilieren ... Die zweite Möglichkeit ist die Selbstauflösung“, schrieb Fülberth im Januar 2000 in der UZ. (...) Die „zweite Möglichkeit“ kommt für mich, auch aus persönlichen Gründen, aber vornehmlich angesichts der Notwendigkeit einer kommunistischen Partei, nicht in Betracht. Um die erste Alternative geht es.

Hätte ich also an all Euren Thesen Schwerwiegendes auszusetzen, und würde ich trotzdem unterschreiben, so kann der Grund dafür nur in der Präambel liegen. Allein die Einschätzung, die DDR sei durch einen konterrevolutionären Prozeß beseitigt worden, wäre die Unterschrift wert. Und manchem gehört dieser Satz in den Fundus der geschichtlichen Analyse geschrieben. Wenn Kommunisten sich vom Eigentlichen der sozialistischen Staaten entfernen und sie auf der Grundlage singulärer Erscheinungsformen beurteilen, entfernen sie sich selbst von der radikalen Ablehnung des Kapitalismus. Wer die Relationen zwischen der positiven Existenz der sozialistischen und der Politik der kapitalistischen Staaten verliert, wer sich auf eine kleinstbürgerliche Ebene von Geschichtswissenschaft einläßt, legt sein marxistisches Handwerkszeug zur Seite. Insofern ist Eure Einschätzung vom Ende der DDR (und sie gilt ja auch für die anderen sozialistischen Staaten) meiner Meinung nach langfristig wichtiger für die Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung, als es die Thesen selbst sein werden. (...)

**Martin Timm, Hamburg**

In wenigen Versen hat Dr. Eva Ruppert in ihrem Gedicht „Die Türme von Babylon“ (November-„RotFuchs“) ausgedrückt, was fortschrittliche Menschen gegenüber der terroristischen Führungsmacht USA denken und fühlen. Ihren weltgeschichtlichen Ausblick kleidet sie in eine Form, wie sie Lukrez verwandte, der im 1. Jahrhundert v. u. Z. in lateinischer Dichtung „Von der Natur der Dinge“) seinen römischen Zeitgenossen die Lehren der griechischen Materialisten nahebrachte. Bert Brecht unternahm dann zusammen mit Lion Feuchtwanger den Fragment gebliebenen Versuch, das Manifest der Kommunistischen Partei – die immer noch beste Analyse der bürgerlichen Gesellschaft – in ebensolchen Versen wiederzugeben. Wir schätzen es, wenn Kommunisten diese Traditionen aufgreifen.

**Dr. Wolfgang Schmitt, Berlin**

(...) Die Bombardements der USA in Afghanistan dauern schon monatelang an. Das ursprünglich verkündete Ziel – Bin Laden zu vernichten – ist nicht erreicht. Dafür sind Tausende afghanische Menschen und Ausländer, auch Mitarbeiter der UNO und des Roten Kreuzes, getötet oder verletzt worden. Kollateralschäden!

Heute geht es gegen die Taleban und ihr Regime, schon nicht mehr um Bin Laden. Wie ist das möglich, fragt man sich. Sind doch die Taleban jahrelang von den USA finanziell und militärisch hochgepäpelt worden, als sie gegen die Sowjet-

ruppen kämpften. Und jetzt sind sie auf einmal die schlimmsten Feinde der USA. (...)

Haben wir einen solchen Gesinnungswandel nicht schon öfter erlebt? Zum Beispiel im Kosovo: Wurden die UCK-Kämpfer nicht auch von den USA bewaffnet, ausgebildet und im Kampf gegen Belgrad geführt? Und sind sie nicht heute die „Störenfriede“ in der Region? (...)

Bei all diesen Aktionen geht es doch nur um die Sicherung geostrategischer und ökonomischer Ziele, um die Präsenz der USA an Orten mit reichen Rohstoffquellen, um die Sicherung von Gebieten und Transportwegen, die bisher dem USA-Einfluß nicht oder nur teilweise unterlagen. (...) Wenn es tatsächlich um Bin Laden ginge, hätte man ihn doch bei den Gesprächen, die im Frühsommer 2001 zwischen ihm und Vertretern der CIA im arabischen Raum stattfanden, festnehmen können. Oder brauchten die USA einen „großen Anlaß“, um durch einen erneuten Krieg ihre Interessen in Asien zu sichern? Haben wir in Deutschland wirklich so dumme Politiker, die diese Zusammenhänge nicht sehen? Oder geht es bei der „uneingeschränkten Solidarität“ der BRD mit Amerika nicht in erster Linie darum, auch ein Stück des zur Verteilung anstehenden Kuchens in der asiatischen Region abzubekommen? (...) Vielleicht möchte Herr Schröder der erste Kriegskanzler Deutschlands im 21. Jahrhundert sein, so wie sich Kohl selbstherrlich als Kanzler der deutschen Einheit im 20. Jahrhundert bezeichnete.

Als Arzt und ehemaliger Angehöriger der NVA empfehle ich allen Bundestagsmitgliedern, die dem Einsatz von Bundeswehrsoldaten in Afghanistan und anderswo im Ausland zugestimmt haben, sich zuerst selbst als Freiwillige zum Kampf gegen einen fremden Staat zu melden, um am eigenen Leibe zu spüren, was Krieg bedeutet.

**Prof. Dr. med. habil. Roland Kalthoff,  
Bad Saarow**

Der Dezember-„RotFuchs“ kam gerade rechtzeitig, da ich zwischen Weihnachten und Neujahr etwas mehr Zeit zum Lesen hatte. Er hat mir sehr gefallen. Die Artikel sind zugleich konkret und führen eine theoretische Debatte. Einige Bemerkungen im Telegrammstil. Seite 2 (Milzbrand): Viele informative Daten, die ich nicht kannte. Seite 3 (Der Kindermord des Herodes): Eine nützliche politische Weihnachtsgeschichte. Die Artikel auf den Seiten 5 und 6 (Gysi und Karl Popper) finde ich interessant. Seite 7 (11 Forderungen): sehr gut. Seite 8 (Organspender): Ich bin einverstanden, aber ist die Sozialdemokratie nicht noch mehr als Organspender? Die meisten EU-Länder werden von den Sozialdemokraten geführt. Auch der Beitrag „Sandburgen“ hat mir in seiner Polemik sehr gefallen. Seite 10 (Erklärungsmodel) behandelt ein äußerst wichtiges Thema. Er hätte vielleicht etwas länger und detaillierter sein müssen. Außerdem wäre es gut gewesen, auch den Standpunkt des „RotFuchs“ zu erfahren. Schließlich ein Wort zum Artikel über Frans Masereel auf Seite 20. Ich kenne vieles von Masereel, aber nicht alle Informationen, die hier gebracht wurden. Der Beitrag hätte bei uns in „Solidaire“ erscheinen müssen. Das übrige Material muß ich noch lesen.

Ich füge eine kleine Spende (60 DM) für den „RotFuchs“ bei und wünsche Euch ein glückliches und kämpferisches neues Jahr.

**Gertrud Bongaerts, Brüssel**

Im jüngsten „RotFuchs“ entdeckte ich mir (neue) unbekannte Autoren. Gut, gut! Anfrage (oder Anregung) eines altgedienten Querulanten: Wäre da nicht ab und zu auch ein bißchen Platz für „alte“ Autoren? Zum Beispiel für Bertolt Brechts „Lob der Dialektik“?

**Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen**

Bemerkung der Redaktion

Wir haben den Rat befolgt. Siehe Seite 1!

Dem gesamten „Rudel“ im Fuchsbau wünsche ich ein sehr gutes Jahr 2002. Dazu gehören sibirische Gesundheit, Durchhalte- und Stehvermögen bei der Umsetzung Eurer neuen Ideen. Großen Dank auch für die pünktliche Zusendung des kraftgebenden „RotFuchses“. Dafür einen Beitrag in Form von Briefmarken.

**Eberhard Post, Berlin**

Wir sind ja so froh, Euch gefunden zu haben. Jede Ausgabe wird mit Sehnsucht erwartet und sofort „verspeist“. Endlich kann man auch mal beim Lesen profitieren. Möge es gelingen, mehr Jugend in unsern Förderverein zu bringen oder wenigstens als Leser zu gewinnen. Das ist schwer, aber bitter nötig. Wir wollen versuchen, dazu beizutragen. Die nach uns kommen, müssen doch wieder klug werden.

Mit proletarischen Neujahrsgrüßen  
**Ingrid und Hajo Jahn,  
Grünheide/Fangschleuse**

Die meisten Linken hierzulande, Sozialisten und Kommunisten, nehmen gegenwärtig gar nicht wahr, wie sehr Klerikalismus ... in der Politik des kapitalistisch-imperialistischen Systems Deutschlands, nicht zuletzt in seinen südlichen Ländern, weiterhin wirkt. Die Verflechtung von „Thron und Altar“ – das alte Motto „feiert nicht nur Urständ“, sondern besteht hier ununterbrochen latent oder offen weiter. (...) Mehr als fünf Jahre nach dem sogenannten Kruzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die damalige bayerische Art und Weise der Anbringung von Kreuzen in öffentlichen Schulen für verfassungswidrig erklärt hatte – unterdessen legalisiert dieses ein neues (umstrittenes) „Kruzifix-Gesetz“ im CSU-regierten Bayern, das Schul-Kreuze grundsätzlich vorschreibt -, beschäftigt ein weiterer Schul-Kreuz-Streit den Verwaltungsgerichtshof Bayerns. Ein schwäbischer Lehrer wünscht, ohne Kreuz im Rücken in seiner Klasse unterrichten zu können, weil es sein Grundrecht auf Glaubensfreiheit – auch als Staatsbeamter (!) – einschränke.

Zur gleichen Zeit geistert die seltsame Affäre um die Nonnenkloster-Realschule Auerbach in der bayerischen Oberpfalz durch die Medien. Die Lehrschwestern des Ordens hatten (lernmittelfrei) genehmigte bayerische Schulbücher zensiert, indem sie aus Biologie-/Sexualkundetexten gewisse Seiten herauslösten. Auf Widerspruch hin erklärte nun der Orden seinen Rückzug aus der Schularbeit in Auerbach, seinen Austritt aus dem entsprechenden Schulzweckverband. Er kündigte die Räume der Klosterkongregation für die Realschule. Deren Weiterbestehen ist damit gefährdet. Die bayerische Regierung, die in klerikalen Angelegenheiten seit jeher nur mit Samthandschuhen tätig ist, sucht in diesem Falle nun Hilfe beim Vatikan. Weil es „verantwortungslos“ wäre, 281 Realschülern das Schulgebäude zu entziehen, bat Kultusministerin Hohlimeier, eine Tochter von Franz Josef Strauß, den Heiligen Stuhl um Vermittlung. Wo sonst in unserem „freiheitlich-demokratischen System“ werden Erziehungs-, Bildungs-, ja Menschenrechte heutzutage so zartfühlend angehantelt?

**Hansjörg Schupp, Appertshofen**

Die „RotFuchs“-Mitgliederversammlung in Berlin hat mir sehr gut gefallen. So kann ich die Wertung „Wärme und Gleichklang“ voll teilen. Übrigens bin ich seit dem 15. Dezember amtierender Landessprecher der Kommunistischen Plattform der PDS Sachsen.

**Andreas Krämer, Gersdorf**

Ich gehöre zu den Lesern des „RotFuchs“. Durch einen Teilnehmer einer Kuba-Reise erhalte ich ihn. Was drin steht, trifft meinen Nerv, auch als Parteiloser. 1996/97 setzte ich mich hin und begann zu schreiben. Dabei kam das beiliegende Büchlein heraus – und einem schreibenden Laien war hinterher wohlher.

**Werner Juhlemann, Geithain**

Bemerkung der Redaktion

Es handelt sich um das bemerkenswerte kleine Buch „Deutschland – ein oder kein Märchen“. Als Autor tritt Werner von Ottenhain auf, was keinen Adel vortäuschen soll. Hierzu der Verfasser selbst: „Von Ottenhain deshalb, weil ich aus Ottenhain stamme, einem kleinen Nest mit 100 Einwohnern.“ Wir bedanken uns für die übermittelten drei Exemplare und wünschen dem talentierten „Laien-Literaten“ weiterhin viel Erfolg.

Für 2002 wünsche ich dem ganzen „RotFuchs“-Kollektiv Glück, Gesundheit und weitere aktive Mitstreiter. Leser und Mitleser finden im „RotFuchs“ neue Kraft im Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit, aber besonders beim Ringen um die Einheit und Stärkung der Linken.

Anbei etwas Futter von einem Strafreutner, damit der „RotFuchs“ kräftig bleibt.

**Paul Kienberg, Berlin**

Noch ein Wort zur „Riege der Erpresser“, die Klaus Steiniger in der Dezember-Ausgabe mit gekonnter Offenheit und Klarheit an den Pranger stellt. Was die „Amerikaner“ in der BRD-Regierung betrifft, so meint der Chefsicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, zu diesem Thema folgendes: „Tatsache ist schlicht und einfach, daß Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern“. Auch Egon Bahr erklärte in der ARD-Sendung von Sabine Christiansen am 16. 12. 2001, daß „Europa mehr oder weniger ein amerikanisches Protektorat geblieben ist“. Der Fraktionschef der SPD, dieser besonders begabte Herr Struck, hätte im Bundestag die Wahrheit sagen müssen ... Das hätte die Bundestagsitzung, die dem amerikanischen Krieg gegen Afghanistan mehrheitlich zustimmte, zu einer historischen Beratung werden lassen können. Dafür aber ist noch viel zu tun, darum, lieber „RotFuchs“, bleibe auch im neuen Jahr gesund und munter. **Prof. Kurt Tiedke, Frankfurt/Oder**

Ich nutze die Gelegenheit, allen Genossen, Mitstreitern, Freunden und Lesern in der BRD das allerbeste zum neuen Jahr zu wünschen. Viel Gesundheit und Mut zum Weiterkämpfen. Einen herzlichen Geburtstagsgruß sende ich meinem Freund und echten Genossen Werner Feldmann in Eichenau (Bayern). Leider habe ich mein Notizbuch verloren, so daß mir seine Adresse und Telefonnummer fehlen. Falls er diese Zeilen liest, bitte ich ihn, mir zu schreiben. Meine Wünsche gelten ganz besonders auch allen Genossen, die sich für Herausgabe, Herstellung und Vertrieb unserer Zeitung einsetzen. **Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki**

Möge die Resonanz unserer Zeitung – gestützt auf den „RotFuchs“-Förderverein e. V. – unter deutschen Kommunisten noch größer werden. Hoffen wir, daß uns das vereinigende Band vermehrt, ja massenhaft zusammenführt. **Ingeborg Böttcher, Altlandsberg**

Etwas verspätet übersende ich Euch meinen Aufnahmeantrag für den Förderverein und den dazugehörigen Dauerauftrag für die jährliche Abbuchung. Dem gesamten Redaktionskollektiv zum Jahreswechsel die herzlichsten Kampfesgrüße, weiterhin viel Mut und Optimismus für unsere gerechte Sache. **Kurt Wohlrab, Chemnitz**

Seit 1998 beziehe ich regelmäßig den „RotFuchs“, wofür ich mich mit etwas Futtergeld bedanken möchte. Ich hoffe auch weiterhin auf die Zeitung. Sie gibt uns sehr viel Kraft, ist sachlich, kritisch und objektiv. **Gerhard Jentsch, Berlin**

Ein Glück, daß die Lügen der amerikanischen Imperialisten durchschaut werden. Es gibt ein alternatives Denken, aber leider kein weitreichendes Handeln dagegen. Man muß als Zehnjähriger anglo-amerikanische Terrorangriffe erlebt haben, um zu wissen, daß sie a) die Nazis kaum beeinträchtigen, b) die Zivilbevölkerung quälten und trafen und c) die Rüstungsindustrie verschonten. Von daher schon habe ich meinen persönlichen Begriff von der Rolle der amerikanischen Air force in Kriegen. Die bundesrepublikanische Luftwaffe fliegt und streitet nach gleichen Prinzipien und Gesetzen. Vernunft ist nicht mehr abzusehen. Gerade deshalb: Es lebe der „RotFuchs“ auch im neuen Jahr! **Klaus E. Schneider, Schöneiche**

Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß der „RotFuchs“ nach Inhalt, Form und journalistischer Spitzenleistung wohl das Beste ist, was wir seit 50 Jahren zu verzeichnen haben. Der RF erfüllt ohne Zweifel die Träume, die linke „Journalismus-Bewegte“ seit langem haben. (...) Da ein neues Wort für „Wende“ gesucht wird, empfehle ich „Rückschlag“, obwohl ich der Meinung bin, wir sollten stets und überall den Begriff „Konterrevolution“ benutzen, weil er zum Nachdenken über Politik anregt und uns daher am meisten nützt. **Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf**

Allen „RotFuchsen“ das Beste für 2002. Führt den Kampf um eine gerechte Welt sowie um die Ein-

heit aller kommunistisch Denkenden erfolgreich fort. Anbei eine Spende. **Alfred Kutschke, Berlin**

Die kommunistische Bewegung in Deutschland braucht etwas, was hilft, alle zusammenzuführen. Ich denke mir, der „RotFuchs“ könnte das! Wenn der Förderverein territoriale Arbeitsgruppen wie z. B. ISOR besitzt, mache ich mit. Etwas Nahrung habe ich bereits im November überwiesen. Eine entscheidende Methode, den Sozialismus in der DDR und Europa zu liquidieren, war die politisch-ideologische Diversion der SPD. Der „RotFuchs“ sollte sich noch mehr mit ihr auseinandersetzen und andererseits die Rolle unserer Ideologie als Waffe den Lesern ständig darlegen. **Herbert Spalt, Leipzig**

Die Monate vergehen so schnell, besonders wenn man schon lange Rentner ist. Es stimmt: „Rentner haben niemals Zeit.“ Endlich möchten wir uns bei Ihrem ganzen Team für die Zusendung des „RotFuchs“ bedanken. Gleichzeitig wollen wir uns entschuldigen, dies erst nach einem halben Jahr getan zu haben. Für das Jahr 2002 allen Mitarbeitern Gesundheit und Kraft für ihre liebevolle Tätigkeit. Wir wünschen uns allen ein besseres Jahr, ohne Krieg und Zerstörung. **Familie Günter Rudolph, Salomonsborn**

Leider kann ich nur mit jeweils kleinen Spenden zur weiteren Erhaltung des „RotFuchs“ beitragen. Ich bin auch noch Mitglied der PDS und möchte mich von Wahl- und Cuba-Spenden nicht ausschließen. Außerdem erwarten Kinder, Enkel und Urenkel immer etwas von ihren Groß- und Urgroßeltern. **Manfred Wulf, Glauchau**

Eure sachlichen Berichte und Analysen sind wie ein Kompaß in dieser durch die Massenmedien verdunkelten Zeit. Sie helfen vielen aufrichtigen Genossen und Bürgern, ihre standhafte Haltung zu bewahren. Trotz aller Lügen und Verleumdungen, die fast täglich über die DDR und deren Menschen ausgeschüttet werden, helft Ihr mit dem „RotFuchs“, die feste Überzeugung an eine zwar ferne, aber bessere sozialistische Zukunft in uns zu erhalten. Das ist wie ein Wetterleuchten am Horizont. **Manfred Wulf, Glauchau**

Besten Dank für die Übersendung des Mitgliedsausweises. Ich habe neben meinem Beitrag für den Förderverein heute eine weitere Spende in Höhe von 100 DM auf das RF-Konto überwiesen. Allen Genossen des Vorstandes, allen Mitstreitern wünsche ich gute Gesundheit und auch weiterhin Standhaftigkeit. Meinen herzlichen Dank für die aufopferungsvolle Arbeit des RF-Kollektivs. **Paul Fiedler, Berlin**

Den „RotFuchs“ lese ich seit Mitte des Jahres 2001. Es sind vor allem die klaren marxistisch-leninistischen Aussagen zu aktuellen Fragen, die die Zeitung so interessant machen. Sie sind von besonderer Bedeutung bei der Entlarvung der konterrevolutionären Machenschaften, besonders auch der, die gegen die DDR gerichtet waren. Durch meine Tätigkeit bei ISOR komme ich mit vielen Menschen über politische Fragen ins Gespräch. Dabei habe ich festgestellt, daß ein großer Teil unserer früheren Genossen starkes Interesse an der Einschätzung der aktuellen Situation hat. So kam die Rede auch auf den „RotFuchs“. Ich konnte im letzten halben Jahr zwei neue Leser gewinnen. Anbei einige Briefmarken. **Werner Heyna, Leipzig**

Der vermeintliche Kampf gegen den Terror und die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA werden benutzt, um in Schilys Manier die Demokratie auszuhöhlen. Menschen islamischen Glaubens stellt man pauschal als Verbrecher dar. Daß Terroristen nach den Lehren des Koran nicht Helden, sondern Verbrecher sind, daß Islam Frieden bedeutet, fällt nicht ins Gewicht. Ich sehe die Entwicklung in der BRD mit großer Sorge, vor allem auch wegen der endgültigen Auferstehung des deutschen Imperialismus durch die Entsendung von BRD-Soldaten. (...) Meine Hochachtung allen, die sich in diesen Zeiten nicht „verschröden“ lassen, sondern kämpfen und auf die Straße gehen. **Tristan Allcock, DKP/SDAJ Hochtaunus**

Die beiden letzten Ausgaben des „RotFuchs“ haben mir wieder sehr gefallen. Zum Jahreswechsel möchte ich dem Kollektiv ein großes Dankeschön für die geleistete Arbeit sagen. Ich wünsche unserem Verein und allen Mitgliedern gute Ideen und weitere Fortschritte. **Günter Bauch, Fraureuth**

In Warschau als Polizist schwerverwundet, kehrte mein Vater 1945 mit dem Verlust eines Beines nach Berlin zurück. Er begegnete dort einem ihm bekannten Kommunisten, der ihn trotz seiner Zugehörigkeit zur Nazi-Polizei als Mensch schätzte. „Die Schuldigen am Verlust Deines Beines – die Faschisten – müssen wir unbändig hassen“, wiederholte der Genosse mehrmals. Mein Vater blieb die Antwort darauf schuldig. Auch ich wunderte mich zunächst darüber, immerhin steckte noch etwas „Jungvolkgeist“ in mir. Die Verwundungen hatten den deutschen Soldaten – und in diesem Falle Polizisten – doch nicht die eigenen Deutschen zugefügt, dachte ich damals. Und die Nazis waren doch auch Deutsche. So wurden wir vom bürgerlich-faschistischen Staat manipuliert. Wir erkannten die Zusammenhänge nicht. Karl Liebknechts Feststellung „Der Feind steht im eigenen Land“ war mir damals fremd. Mein Vater mag sie vielleicht gekannt haben, aber aufgrund seiner Erziehung zum weltkriegerfahrenen Beamten dürfte er sie nicht ernst genommen haben. Heute verstehe ich den alten Kommunisten. Er hatte vollkommen recht. Die Millionen Opfer, die auch das deutsche Volk bringen mußte, gingen auf das Konto der Faschisten. Deshalb mußte und muß man sie unbändig hassen. **Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**

## Lob des Revolutionärs

Wenn die Unterdrückung zunimmt  
Werden viele entmutigt  
Aber sein Mut wächst.

Er organisiert seinen Kampf  
Um den Lohn Groschen, um das Teewasser  
Und um die Macht im Staat.

Er fragt das Eigentum:  
Woher kommst du?

Er fragt die Ansichten:  
Wem nützt ihr?

Wo immer geschwiegen wird  
Dort wird er sprechen  
Und wo Unterdrückung herrscht und von  
Schicksal die Rede ist

Wird er die Namen nennen.  
Wo er sich zu Tisch setzt

Setzt sich die Unzufriedenheit zu Tisch  
Das Essen wird schlecht  
Und als eng wird erkannt die Kammer.

Wohin sie ihn jagen, dorthin  
Geht der Aufruhr, und wo er verjagt ist  
Bleibt die Unruhe doch

BERTOLT BRECHT

Die Regionalgruppe Berlin des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. lädt für Sonnabend, den **2. März 2002, um 11.00 Uhr** in den Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz zu einer Veranstaltung mit

### Professor Harpal Brar

ein, der sich auf einer Deutschlandtournee befindet und sein neues Buch „Imperialismus im 21. Jahrhundert. Sozialismus oder Barbarei“ vorstellen wird.

Der gebürtige Inder lebt und arbeitet seit 1962 in Großbritannien. 1996 gab er seine Tätigkeit als Rechtsgelehrter an der Londoner Westminster-Universität auf, um sich ganz seiner politischen und publizistischen Arbeit zu widmen.

Der Pahl-Rugenstein-Verlag wird das neue Buch **Harpal Brars**, der die Vereinigung Indischer Arbeiter in Großbritannien leitet und deren Zeitung „LALKAR“ herausgibt, bei der Veranstaltung anbieten.

Am **10. Februar um 11.30 Uhr** findet in der **Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals** eine Kundgebung aus Anlaß des 69. Jahrestages der illegalen Tagung des ZK der KPD mit führenden Funktionären dieser Partei statt.

Es spricht **Prof. Dr. Lothar Berthold**.  
Rezitation: **Hans-Peter Minetti**

**BESONDERS LIEBE GRÜSSE** gehen nach Eichwalde. Unserer **Genossin Erika Correns** geht es seit längerer Zeit nicht gut. Sie kämpft tapfer gegen eine schwere Krankheit.

Wir drücken Era die Hand und wünschen ihr, daß sie noch möglichst lange mit ihrem Lebensgefährten Tommy (Dr. Herbert Crüger) zusammensein kann.

Seit der Stunde des Erscheinens unserer Zeitung steht **Prof. Dr. Erich Buchholz** dem „RotFuchs“ als Autor, Rechtsberater, Freund und Genosse fest zur Seite. Redaktion und Verein wissen diese Verbundenheit des namhaften Juristen der DDR, der viele Jahre das Institut für Strafrecht an der Berliner Humboldt-Universität leitete und nach der Konterrevolution als Anwalt wiederholt rechtswidrig angeklagte DDR-Bürger vor den Gerichten der BRD verteidigte, zu schätzen. Zu seinem **75. Geburtstag am 8. Februar 2002** grüßen wir ihn in Solidarität und Freundschaft.

Herzliche Grüße gehen in die orthopädische Klinik nach Kaulsdorf, wo sich Genosse **JÜRGEN THIELE** – Vorstandsmitglied des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. – nach einer schweren Operation erholt. Wir wünschen ihm baldige Genesung.

Das thematisch geordnete Gesamtinhaltsverzeichnis der „RotFuchs“-Ausgaben 1-47 ist ab sofort gegen die Einsendung von Briefmarken im Werte von 1,50 € bei Wolfgang Metzger, Essener Str. 21, 10555 Berlin, zu beziehen. Wieder am Lager sind auch die CD-ROMs mit den bisherigen Jahrgängen des Rf. Bestellungen bitte bei der Redaktion.

Am 16. Januar begehen **Wilhelm Krämer** in Teterow, am 23. Januar **Roland Mehnert** in Chemnitz und am 22. Februar **Prof. Dr. Manfred Buhr** in Berlin den 75. Geburtstag.  
Am 4. Januar wurde **Egon Malzdorf** aus Teterow 70 Jahre alt. Am 21. Februar erreicht **Siegfried Richter** aus Berlin diese Etappe seines Lebens. Am 22. Februar begeht Genossin **Jutta Frach** aus Halle ihren 50. Geburtstag. Wir gratulieren allen Jubilaren auf das Herzlichste.

Soeben im Eigenverlag der Geschichtswerkstatt Weimar/Apolda e. V. unter ISBN 3-935275-00-5 erschienen:

### PETER FRANZ, Der gewöhnliche Faschismus.

Über die alltägliche Herrschaft der „Nationalsozialisten“ in einer deutschen Mittelstadt.

Es handelt sich um den ersten Teil einer Gesamtdarstellung der Nazi-Bewegung und -Diktatur im Gebiet von Apolda. Das 207 Seiten umfassende Werk ist ein wichtiger Beitrag zur Schilderung von Abläufen und Entwicklungen, wie sie sich auch in anderen Regionen des „Reiches“ zugetragen haben.



Bei **Pahl-Rugenstein**, Breite Straße 47, 53111 Bonn, soll in Kürze das Buch von **Heinz-Jürgen Schneider, Erika Schwarz und Josef Schwarz, Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik-Geschichte und Biografien** herauskommen. Mit einem Vorwort von **Heinrich Hannover**, ca. 360 Seiten, zahlreiche Abbildungen und Faksimiles, gebunden, Subskriptionspreis bis 1. März 2002 20 €, danach 25 €.

Es werden 200 Vorbestellungen benötigt, damit der Titel erscheinen kann

Im Verlag **Ossietzky** der gleichnamigen Zweiwochenschrift ist ein aufsehenerregender Sonderdruck erschienen: **Mord-Report. Der Staatsterrorismus der USA, vom US-Senat dokumentiert, von George W. Bush wieder legalisiert.** Autoren sind die früheren Korrespondenten der DDR-Nachrichtenagentur ADN in den USA, **Ilse und Horst Schäfer**.

Zu beziehen bei Ossietzky Ab-Service Vordere Schönneworth 21, 30167 Hannover. Preis: 1,50 € (bei Abnahme von 10 Heften 10 €)

Zum 100. Geburtstag des großen türkischen Dichters **NAZIM HIKMET**

Grafik: Gernot Battesch

**Redaktionsschluß** dieser Ausgabe: 8. Januar 2002  
Und der folgenden: 5. Februar 2002

## I M P R E S S U M

Gegründet im Februar 1998 als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:  
**RotFuchs-Förderverein e. V.**

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger, (V.i.S.d.P.)  
Teterower Ring 37,  
12619 Berlin, Telefon 030/561 34 04  
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckhaus Paulick

INTERNET: <http://www.rotfuchs.de>  
<http://home.t-online/home/rotfuchs.berlin.de>  
E-MAIL: [rotfuchs.berlin@t-online.de](mailto:rotfuchs.berlin@t-online.de)

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

### Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki  
Rolf Berthold  
Isolda Bohler (Valencia)  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Dr. sc. Gerhard Feldbauer  
Walter Florath  
Peter Franz  
Dr. sc. Kurt Gossweiler  
Dr. Ernst Heinz  
Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar  
Dieter Itzerott  
Gerda Klabuhn  
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)  
Wolfgang Metzger  
Dr. Annemarie Mühlefeldt  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Dr. Norbert Pauligk  
Rainer Rupp  
Karl-Eduard v. Schnitzler †  
Dr. Hartwig Strohschein  
Fritz Teppich

Herbert Thomas  
Dr. Ing. Peter Tichauer  
Rolf Vellay †

### Künstlerische Mitarbeit:

Arno Fleischer  
Heinz Herresbach  
SHAHAR

### Versand und Vertrieb:

Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin  
Telefon 030/654 56 34  
Sonja Brendel, Bruni Büdler  
Monika Kauf, Bernd Koletzki

Spendenkonto: Wolfgang Metzger, Sonderkonto „RotFuchs“  
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220 160 759